April 2015

NÖGemeinde

Das Fachjournal für Gemeindepolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich

Flüchtlinge
Gemeinden helfen

P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien 02 Z 032903 M
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien DVR: 0930 423

Demner, Merlicek & Bergmann
FÜR NIEDERÖSTERREICHISCHE
WIENERGIEBÜNDEL
IST NACHHALTIGE ENERGIE EIN HEIMSPIEL.
Sie begrüßen umweltfreundliche Energielösungen in Ihrer Gemeinde mit Pauken und Trompeten? Dann spielen Sie das nächste Stück gemeinsam mit Wien Energie und lassen Sie sich von günstigen Tarifen und umfangreichen Dienstleistungen überzeugen. Informieren Sie sich jetzt über unser Angebot auf wienenergie.at
WIEN ENERGIE
UNSERE KRAFT FÜR SIE.
www.wienenergie.at
Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

Aktuell im April

politik

VP-Bürgermeister in Gmünd (Bild) und Gänserndorf

04 Zwei gedrehte Bezirksstädte
05 Förderungen für Breitband-Ausbau
06 Wiener Neustadts neuer Bürgermeister, Klaus Schneeberger, im Gespräch
08 Kommunalgipfel zum Thema Asyl
10 Best-practice-Beispiele im Asylbereich
12 Interview mit LH-Stv. Wolfgang Sobotka und GVV-Chef Alfred Riedl
14 Markus Baier aus Zellerndorf ist jüngster Bürgermeister Niederösterreichs

recht & verwaltung

Fehlerhafter Abgabenbescheid: § 299 BAO als Möglichkeit zur Korrektur

22 Fehlerbehebung bei Abgabenbescheiden
24 Unterjähriges Controlling für Gemeinden – Quartalscontrolling

JA zur Steuerreform, aber nicht auf Kosten der Gemeinden

Anfang März hat die Regierung also eine Steuerreform beschlossen, die auch an den Gemeinden nicht spurlos vorüber gehen wird. Immerhin werden die Gemeinden gemäß dem allgemeinen FAG-Schlüssel (Bund: 67,417 %; Länder: 20,7 %; Gemeinden: 11,883 %) die Steuerreform mitfinanzieren. Was bis jetzt klar ist, die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer werden weniger und damit auch der Anteil der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Ohne Berücksichtigung der Gegenfinanzierungen wäre das ein Minus an Gemeindeertragsanteilen (inkl. Wien) in Höhe von 600 Mio. Euro pro Jahr, das sind rund 115 Mio. Euro weniger für die niederösterreichischen Gemeinden.

Eine zentrale Fragen ist die Gegenfinanzierung: Betrugsbekämpfung wird in den letzten 15 Jahren jährlich debattiert. Bisher mit mäßigem Mehrertrag. Woher rund 2 Mrd. zu erwarten sein sollen, wage ich zu bedenken. Wenn wir also Mindereinnahmen wie in den vergangenen Jahren gegenüber der Planung haben, fehlen den Gemeinden diese Gegenfinanzierungsmaßnahmen. Die zweite große Problemstellung ist, dass die Steuerreform durch Einsparungsmaßnahmen finanziert werden soll. Der Bund redet beispielsweise auch von Förderungen, die gekürzt werden sollen. Wenn diese Einsparungen so gedacht sind, dass es sich dabei um die Förderungen des Bundes an die Länder und Gemeinden handelt, dann trifft die Steuerreform, die der Bund groß ankündigt, die Gemeinden doppelt. Die dritte wichtige Botschaft an den Bund: Gemeindeeigene Steuern haben auch in Zukunft gemeindeeigene Steuern zu bleiben Es wird daher noch vieler intensiver Gespräche in der Umsetzung der Versprechungen des Bundes bedürfen, dass die Gemeinden nicht übergebührlich belastet werden.

Alles in allem stehen die Zeichen auf Sparen. Auch die Gemeinden werden den Gürtel enger schnallen müssen. Keine Frage. Wir stehen auch zu Reformen und haben uns auch immer klar bekannt, unsere Hausaufgaben zu machen. Wir zeigen aber schon jetzt jedes Jahr erfolgreich vor, dass wir effizient haushalten und wirtschaften können. Was wir jedoch nicht zulassen werden, ist die Steuerreform auf Kosten der Gemeinden zu finanzieren.

LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Präsident

Zwei gedrehte **Bezirksstädte**

VP-Bürgermeister in Gmünd und Gänserndorf

von Franz Oswald

Nach Wiener Neustadt – Statutarstadt und gleichzeitig Bezirkshauptstadt – wurden bei der jüngsten Gemeinde-Wahl zwei weitere Bezirksstädte für die Volkspartei erobert: Gänserndorf und Gmünd, einst „rote", nur schwer zu erobernde Hochburgen. Beide Städte werden künftig von einer Bürgermeisterin bzw. einem Bürgermeister der ÖVP geführt, in beiden Städten herrscht Aufbruchstimmung, eine betont bürgernahe Politik steht im Vordergrund.

Gmünd: Sachpolitik statt Partei-Mauschelei

Helga Rosenmayer (ÖVP) heißt seit Kurzem die neue Bürgermeisterin von Gmünd, dieser traditionsreichen österreichisch-tschechischen Grenzstadt. Die diplomierte Sportlehrerin, seit dem Jahr 2000 im Gemeinderat, hat diesen Politwechsel sozusagen strategisch-wissenschaftlich geplant. So befasste sie sich in ihrer Facharbeit beim kommunalen Manager-Lehrgang mit der Überwindung der traditionellen gesellschaftlichen Trennlinien am Beispiel Gmünd – und damit letztlich mit einer politischen Wende über Parteigrenzen hinweg.

Diese ernsthafte Befassung mit der Kommunalpolitik trug Früchte, als neue Bürgermeisterin schöpft Helga Rosenmayer aus ihrem praktischen und theoretischen Wissen. Die Bürgermeisterwahl im Gemeinderat endete mit 15 zu 13 Stimmen für Rosenmayer.

Motto und Credo der 57-Jährigen: Bürgermeisterin für alle Gmünderinnen und Gmünder sein, Parteipolitik streng von Sachpolitik trennen, Schluss mit der Partei-Mauschelei über die Köpfe der Bürger hinweg, dafür deren verstärkte Einbeziehung in kommunale Entscheidungen. Das ist im Übrigen das Erfolgsrezept vieler von der Volkspartei regierter und eroberter Gemeinden in Niederösterreich, die Zeit von Ortskaisern und Dorfmonarchen gehört der Vergangenheit an. Helga Rosenmayer will verstärkt Netzwerke aufbauen: In der Stadt selbst, mit der Umgebung, aber auch grenzüberschreitend, Richtung nördliche tschechische Nachbarn. Die Mutter von drei erwachsenen Kindern und Gattin eines Landesbediensteten, beruflich in der Neuen Mittelschule in Schweiggers im Einsatz, war vor der Übernahme des Bürgermeisteramtes bereits Stadträtin für Gesundheit, Familie, Schule und Bildung sowie Vizebürgermeisterin. Sie bringt genügend kommunale Erfahrung mit, entspannt sich bei Sport, Musik und Gartenarbeit, schöpft hier die nötige Kraft für die Dreifachbelastung aus Beruf, Politik, Familie.

Helga Rosenmayer will sowohl in Gmünd als auch über die Grenze hinweg Netzwerke aufbauen.

„Schluss mit der Partei-Mauschelei über die Köpfe der Bürger hinweg."
Helga Rosenmayer
neue Bürgermeisterin von Gmünd

Gänserndorf: „Brauchen Aufbruchstimmung"

„Gänserndorf ist laut Statistik Austria die schnellst wachsende Stadt Österreichs, hinkt jedoch in ihrem Wachstum nach. Umso mehr will ich gemeinsam Dynamik und Aufbruchstimmung bewirken und alles tun, um die Stadt zu einer echten Bezirksmetropole zu entwickeln", umreißt Rene Lobner, neuer Bürgermeister von Gänserndorf, seine grundsätzliche Zielrichtung. Zweifellos kommt mit

Leitzersdorf: Neuwahl am 26. April

„Nachwehen" zur Gemeinde-Wahl vom 25. Jänner: Die Landeswahlbehörde behandelte jene 16 Einsprüche, die aus 15 Gemeinden nach der Wahl beim Land eingetroffen waren. Demnach muss nur in einer Gemeinde komplett neu gewählt werden, es ist Leitzersdorf im Bezirk Korneuburg. Hier wird nun am 26. April neu gewählt. In zwei weiteren Fällen erfolgen Neuwahlen in Teilen der Gemeinde (Sprengeln): Es betrifft dies Göpfritz an der Wild (Bezirk Zwettl) und Drasenhofen (Bezirk Mistelbach). Allen übrigen Einsprüchen wurde seitens der Landeswahlbehörde nicht stattgegeben.

Lobner neuer Schwung in die Stadt und die Region. Der jugendliche frühere Eventmanager und Gastronom hat das bisher SP-dominierte Gänserndorf mit seinen Mitstreitern politisch gedreht, die Bürgermeisterwahl im Gemeinderat nach Zugewinn von vier Mandaten mit 18 zu 15 Stimmen für sich entschieden.

Rene Lobner, Gänserndorf: „Wo immer es kreatives Potential in der Stadt gibt, will ich es heben."

Lobner, am 25. Jänner 1978 geboren, strebt wie seine Gmünder Kollegin einen neuen politischen Stil an, ist gegen einen starren Koalitionspakt, für ein freies Spiel der politischen Kräfte und vor allem für die Einbindung der Bevölkerung. „Die Menschen müssen das spüren. Wo immer es kreatives Potential in der Stadt gibt, will ich es heben. Gänserndorf braucht alle positiven Kräfte", ruft Lobner die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zur Mitarbeit auf.

Tatsächlich schlummern im Bezirksvorort enorme Ressourcen und Entwicklungschancen. Dem schnellen Bevölkerungswachstum soll mit einem raschen Ausbau der Infrastruktur, des öffentlichen Verkehrs ebenso wie mit einer entsprechenden Umfahrung begegnet werden. Mit den Umlandgemeinden strebt Lobner eine enge Kooperation an, blickt über Stadt und Region hinaus und ruft die Sozialdemokraten zu konstruktiver Zusammenarbeit auf.

Lobner, verheiratet und Vater zweier Töchter, wurde 2005 zum Stadtrat gewählt. 2011 zog er in den Landtag ein, als sein politischer Ziehvater gilt Herbert Nowohradsky. Bei den innerparteilichen Vorwahlen für die Landtagswahl 2013 setzte sich Lobner gegen einen Bauernbund-Konkurrenten klar durch. Die bisherige Arbeit und die Ziele des Managers und Hobbysportlers lassen für die Zukunft Gänserndorfs einiges erwarten.

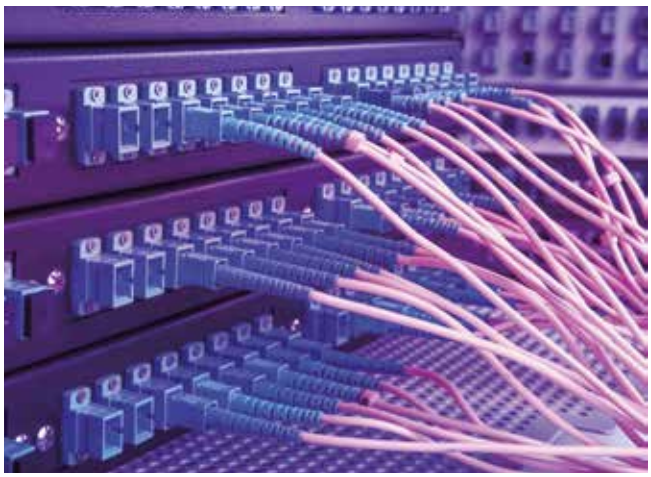
Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald,
Chefredakteur der
NÖ Landesregierung i.R.,
jetzt freier Journalist

Förderungen für **Breitband-Ausbau**

Gemeindebund hofft auf „unbürokratische Abwicklung" der Förderanträge

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer bewerte die neuen Förderrichtlinien für den Ausbau der Breitband-Versorgung in Österreich grundsätzlich positiv. „Für den ländlichen Raum ist enorm wichtig, dass jetzt Bewegung in die Sache kommt und die Förderungen möglichst rasch und bedarfsgerecht fließen", so Mödlhammer, der sich jetzt eine unbürokratische und zielgerichtete Abwicklung wünscht.

„Es ist gut, dass auch Gemeinden und Gemeindeverbände als Fördernehmer auftreten können", sagt Mödlhammer. „Gerade die Leerverrohrung, aber auch Projekte, bei denen die Kabel gleich mitverlegt werden (passive Infrastruktur) sind sehr oft Gemeindeprojekte. Besonders in den ländlichen Gebieten ist es ganz wichtig, dass Kommunen hier auch die Initiative ergreifen können und gegenüber anderen Errichtern von Infrastruktur nicht benachteiligt werden." Am wichtigsten sei, dass die Fördergelder möglichst präzise und rasch dorthin kommen, wo sie gebraucht werden", so Mödlhammer. „Wir werden sehr genau darauf achten, dass nicht wieder alles in die Ballungsräume geht, wo es ohnehin schon hohe Bandbreiten gibt. Vorrang haben unterversorgte Gebiete."



Die von Stöger geäußerte Befürchtung, dass über die Breitbandmilliarde andere kommunale Investitionen abgegolten werden sollen, teilt Mödlhammer nicht. „Es gibt eindeutige Kriterien und eine Zweckbindung der Gelder."

„Der Mensch darf nicht zu kurz kommen“

Klaus Schneeberger, ÖVP-Klubobmann im Landtag und neuer Bürgermeister von Wiener Neustadt, im Gespräch

Sie werden im April 65. Ein Alter, indem viele schon in Pension sind oder zumindest daran denken. Warum tun Sie sich den schwierigen Bürgermeisterjob an?

Ich möchte das, was ich in den letzten 40 Jahren an politischer Erfahrung gemacht und an Netzwerken aufgebaut habe, in meine Heimatstadt einbringen, weil das aufgrund der Situation der Stadt notwendig ist. Da schaut man nicht auf die eigenen Jahresringe, sondern nach innen. Wenn man genug Freude hat und Begeisterung aufbringt, dann spielt das Alter keine Rolle.

Wie schafft man es, eine Gemeinde politisch umzudrehen?

Die Zeit muss reif sein. Es hat gar nicht so viel damit zu tun, ob man selbst so gut ist, sondern es muss genug Veränderungspotenzial vorhanden sein. Wenn es gelingt, dieses Potenzial zu wecken, dann kann man auch eine Stadt, die in ihrem Innersten sozialdemokratisch ist, umdrehen.

Es ist ja auch nicht so, dass ich das alleine geschafft habe, sondern die politische Landschaft in Wiener Neustadt wurde bunter.

In Ihrem Team sind sowohl FPÖ als auf Grüne vertreten. Die Bundes-Grünen sind mit dieser Zusammenarbeit nicht glücklich, die Wiener Neustädter FPÖ wiederum gilt als weit rechts. Wie lange kann das Arbeitsübereinkommen halten?

Fünf Jahre! Und zwar deswegen, weil Ideologie auf der Gemeindeebene keine Rolle spielt. Es gibt einige Themen, die vielleicht ideologisch besetzt sind – darüber müssen wir uns hinweg hanteln. Aber ob die Stadtfinanzen in Ordnung gebracht werden oder ob notwendige Investitionen gemacht werden, hat mit Ideologie nichts zu tun. Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass wir Wiener Neustadt neu gestalten Vieles besser machen. Wenn uns das gelingt, werden uns die Leute auch in Zukunft wählen.

Es gibt keine Koalition im herkömmlichen Sinn. Die Basis ist ein Commitment zwischen den Freiheitlichen und mir. Und dann gibt es Commitments mit den Grünen, dass sie die verantwortungsvolle Aufgabe der Kontrolle übernehmen, sowie mit der Liste von Wolfgang Haberler, der sich in der Wohnungspolitik einbringen wird, und mit der Liste von Evamaria Sluka-Grabner, die das soziale Gewissen der Sozialdemokraten in der Stadt ist.

Wiener Neustadt ist stark verschuldet. Welche Maßnahmen werden sie setzen, um dem Problem Herr zu werden?

Das wird die schwierigste Aufgabe. Andere Städte haben im Schnitt Personalausgaben von 23 bis 25 Prozent des Budgets; in Wr. Neustadt sind es 35 bis 37 Prozent! Hier müssen wir die Strukturen ändern. Zunächst müssen wir die ausgelagerten Gesellschaften analysieren.

Es gibt bereits einen Rohbericht des Rechnungshofes, der die dramatische Situation der Stadt aufzeigt. Wenn wir nicht eingreifen, ist Wiener Neustadt Mitte nächsten Jahres zahlungsunfähig. Das würde bedeuten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr bezahlt werden könnten und dass wir Daseinsaufgaben nicht mehr erfüllen könnten.

Wir müssen 15 Millionen Euro im Jahr einsparen. Ich habe den Eindruck, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern großteils klar ist, dass wir ohne ein massives Eingreifen einem Desas-

„Es hat gar nicht so viel damit zu tun, ob man selbst so gut ist, sondern es muss genug Veränderungspotenzial vorhanden sein.“
Klaus Schneeberger im Gespräch mit Michael Zimper über die Frage, wie man eine Gemeinde politisch umdreht.

„Ich habe mir vorgenommen, dass im Klub niemand spüren darf, dass ich Bürgermeister bin, und dass in der Stadt niemand spüren darf, dass ich Klubobmann bin."

ter entgegen gehen. Nachdem wir jetzt einen Kassasturz gemacht haben, werden wir gemeinsam analysieren, wo es Einsparungen geben kann.

Das bedeutet, dass der größte Handlungsbedarf beim Personal besteht?

Nicht nur. Wichtig ist es, Strukturänderungen zu machen. Die Aufgaben und Abläufe müssen neu definiert werden. Die natürlichen Personalabgänge werden meist nicht ersetzt werden, und wir werden überlegen, welche Aufgaben die Stadt bisher übernommen hat, die nicht ihre ureigenen Aufgaben sind. So haben wir etwa Gastronomiebetriebe in einer Gesellschaft, die Verluste macht. Das ist keine Aufgabe einer Gemeinde.

Sie haben erklärt, Klubobmann im Landtag bleiben zu wollen. Kann sich das rein zeitmäßig ausgehen, ohne dass eine der Funktionen leidet?

Ich habe mir vorgenommen, dass im Klub niemand spüren darf, dass ich Bürgermeister bin, und dass in der Stadt niemand spüren darf, dass ich Klubobmann bin.

Die Zeit, die ich für meine Tätigkeit als Bürgermeister brauche, gewinne ich dadurch, dass ich die vielen Funktionen – etwa die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten –, die ich hatte, alle zurücklege. Ich bleibe lediglich noch in den ehrenamtlichen Funktionen bei der Arena Nova, bei MedAustron und bei ecoplus.

Sie waren einst jüngster Gemeinderat und jüngster Vizebürgermeister in Wiener Neustadt. Jetzt sind sie der älteste erstmalige Bürgermeister. Wie hat sich die politische Kultur in der Stadt, aber auch im Land, verändert?

Es ist alles viel komplexer und vielfältiger geworden. Als ich in der Politik begonnen habe, hatte man noch viel Freizeit. Das ist heute nicht mehr denkbar. Beide Aufgaben – als Klubobmann und als Bürgermeister – sind echte Managerfunktionen. Trotzdem darf man nie vergessen, dass die menschliche Note nicht fehlen darf. Der Mensch darf nicht zu kurz kommen.

Zur Frage der Haftung für die Hypo/Heta kamen aus Niederösterreich zuletzt scharfe Töne gegen Finanzminister Schelling. Wird es sich vermeiden lassen, dass die Bonität der anderen Bundesländer durch die Situation Kärntens leidet?

Bei der heutigen (19. März) Landtagssitzung ist es uns gelungen, dass alle fünf Parteien, einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag verabschiedet haben, in dem klargestellt wurde, dass die Hypo Niederösterreich ein gut ausgerichtetes Unternehmen ist und dass alle im Landtag vertretenen Parteien hinter der Hypo Niederösterreich stehen. Es wurde auch klargestellt, dass wir selbstverständlich die im Gesetz vorgesehene Solidarhaftung, die seit dem Jahr 1927 besteht, mittragen. Die Substanz der Hypo Niederösterreich macht es möglich, dass das gewährleistet wird.

Natürlich bestimmt der Standort den Standpunkt. Daher ist es verständlich, dass Finanzminister Schelling eine andere Sicht der Dinge hat als Landeshauptmann-Stellvertreter Sobotka. Aber wenn es um die Finanzplätze Österreich und Niederösterreich geht, dann muss man an einem Strang ziehen.

Das Gespräch führten Michael Zimper und Helmut Reindl

Wir haben die **Verpflichtung,** Menschen **zu helfen**

Beim Kommunalgipfel einigen sich Gemeindevertreter und Landespolitiker auf eine sozialverträgliche und menschenwürdige Lösung für die Unterbringung von Kriegsflüchtlingen.

von Sotiria Taucher

Anfang März ging in St. Pölten der zweite Kommunalgipfel zum Thema Asyl über die Bühne. Die Gemeindevertreterverbände von VP und SP sowie die verantwortlichen Landespolitiker einigten sich dabei auf eine ausgewogene und sozial verträgliche Verteilung und Unterbringung von Kriegsflüchtlingen in Niederösterreichs Städten und Gemeinden. Demnach darf die Zahl der Kriegsflüchtlinge, die in einem Ort untergebracht werden, zwei Prozent der Bevölkerung nicht überschreiten.

„Liegt die Zahl der zugeteilten Kriegsflüchtlinge unter der Zwei-Prozent-Grenze, dann sollen sie künftig auch zugeteilt werden", sagt GVV-Präsident Alfred Riedl.

Für den GVV-Chef steht fest: „Wir haben die völkerrechtliche und ethische Verpflichtung, Menschen auf der Flucht zu helfen. Wir haben uns auch von Anfang an als Gemeindevertreter immer klar dazu bekannt, dass wir jederzeit mithelfen und bereit sind an menschenwürdigen Lösungen für die Unterbringung von Kriegsflüchtlingen zu arbeiten. Umso mehr freut es mich, dass wir beim Kommunalgipfel in überaus konstruktiven Gesprächen zu einer guten, sozialverträglichen und menschenwürdigen Vereinbarung für die Asylproblematik in Niederösterreich gefunden haben", so Alfred Riedl.

Aktuell kommen täglich ca. 100 Flüchtlinge nach Österreich. 6.500 Flüchtlinge sind derzeit in Niederösterreich untergebracht.

Die Vereinbarung im Detail

Regeln für die Unterbringung

Bei der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen gelten grundsätzlich die Regeln der NÖ Bauordnung und der Gewerbeordnung. Weiters ist auf eine von den LandesflüchtlingsreferentInnen beschlossene Standardrichtlinie, sowie auf die Vorgaben der vom Land Niederösterreich definierten Ausschreibungskriterien für Flüchtlingsquartiere Bedacht zu nehmen. Es wurde vereinbart, dass die Regeln und Standards zur Unterbringung von Kriegsflüchtlingen in den Quartieren in Niederösterreich auf der Homepage des Landes Niederösterreich nachvollziehbar und transparent dargestellt werden. Eine Zusammenfassung der bestehenden Regeln und Standards wird als Orientierungsunterlage dieser Vereinbarung angeschlossen.

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) gelten besondere Bestimmungen (NÖ Kinder- und Jugendhilfegesetz).

Unterbringung von Kriegsflüchtlingen in den NÖ Gemeinden

1. Unter „Kriegsflüchtlingen" im Sinne dieser Vereinbarung sind alle in Art. 2 Abs. 1 Z 1 – 4 und 6 der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung) genannten Personen zu verstehen.

2. Die Zuteilung von Kriegsflüchtlingen innerhalb des Bundeslandes Niederösterreich auf die Gemeinden soll einerseits auf eine ausgewogene und sozial verträgliche Art und Weise erfolgen und andererseits den humanitären Verpflichtungen entsprechen.
3. Besteht die Absicht in einer bestimmten Gemeinde des Bundeslandes Niederösterreich Kriegsflüchtlinge in geeigneten organisierten Quartieren unterzubringen, so wird vorab vom Amt der NÖ Landesregierung Kontakt mit der Gemeinde aufgenommen und ist die Gemeinde in die laufenden Gespräche mit einzubinden.
4. Die Zuteilung der Kriegsflüchtlinge in ein organisiertes Quartier der betreffenden Gemeinde erfolgt nach erzieltem Einvernehmen zwischen der Gemeinde und dem Amt der NÖ Landesregierung. Andernfalls kann eine Zuteilung von bis zu zwei Kriegsflüchtlingen je 100 Einwohner (= die von der Bundesanstalt Statistik Österreich jährlich mit Stichtag 31.10. zu ermittelnde Einwohnerzahl) der betroffenen Gemeinde erfolgen. Bei der Berechnung dieser Zahl sind alle zum Zeitpunkt der Zuteilung in organisierten und privaten Unterkünften in der Gemeinde befindlichen Kriegsflüchtlinge zu berücksichtigen.
5. In Gemeinden, in denen zum Stichtag 3.3.2015 Kriegsflüchtlinge über das in Z 4 genannte Ausmaß hinaus untergebracht sind, kann das Amt der NÖ Landesregierung Kriegsflüchtlinge in die zu diesem Zeitpunkt bestehenden und bewilligten Unterkünfte bis zum Stand 3.3.2015 weiterhin zuteilen. Diese Übergangsregelung gilt bis 30.6.2018.

Die Herausforderung in der Asylfrage ist nach wie vor groß: Aktuell kommen täglich ca. 100 Flüchtlinge nach Österreich. 6.500 Flüchtlinge sind derzeit in Niederösterreich untergebracht. Mit weiteren 1.500 Flüchtlingen wird bis Ende des Jahres noch gerechnet. Doch die Gemeindevertreter sind sich einig: „Wir setzen auf kleinere Einheiten und wollen Ghettoisierungen auf jeden Fall vermeiden“, so Alfred Riedl.
Alfred Riedl: „In der Asylfrage werden wir weiterhin gefordert sein. Die Krisenherde werden nicht weniger. Wir haben für Niederösterreich mit der Vereinbarung klare, sozialverträgliche Regeln geschaffen. Wir appellieren nun auch an die anderen Bundesländer, ihre Aufnahmequoten zu erfüllen.“

Mag. Sotiria Taucher
ist Pressereferentin des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich

Flüchtlinge aufzunehmen, ist Gebot **der Menschlichkeit**

Die Gemeinden Eichgraben und Opponitz zeigen vor, wie man Flüchtlingen eine menschenwürdige Unterkunft geben kann.

von Sotiria Taucher

Beim Kommunalgipfel zum Thema „Asyl“ Anfang März in St. Pölten wurden Richtlinien für eine menschenwürdige Unterbringung von Kriegsflüchtlingen in den NÖ Städten und Gemeinden beschlossen. In der Vereinbarung, die von den Gemeindevertretern und den zuständigen Landespolitikern unterzeichnet wurde, wird nicht zuletzt auch klar gestellt, wie viele Flüchtlinge künftig in einer Gemeinde zu sozialverträglichen und ausgewogenen Bedingungen untergebracht werden können und sollen (siehe vorhergehende Seiten).

Doch was in der Kommunalgipfelvereinbarung Anfang März beschlossen wurde, ist für zahlreiche Kommunen in Niederösterreich bereits seit Monaten gelebte Praxis. So auch in den Gemeinden Eichgraben und Opponitz, die schon jetzt als Vorzeige-Beispiele in der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen gelten.

Bürgermeister Martin Michalitsch mit Flüchtlingen, die in Eichgraben Bänke neu gestrichen haben.

„Das muss doch machbar sein“

Für Martin Michalitsch, Bürgermeister der 4447-Einwohner großen Gemeinde im Wienerwald war die Entscheidung, Flüchtlinge aufzunehmen „ein Gebot der Menschlichkeit“. Nachdem er im Herbst 2014 vom Vorschlag von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner im Radio gehört hatte, wonach pro 270 Einwohner ein Flüchtling in einer Gemeinde untergebracht werden soll, wurde er aktiv. „Ich habe mir gedacht, das muss doch machbar sein. Wir haben uns in der Gemeinde beraten und schließlich einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss gefasst, Asylsuchende aufzunehmen“, sagt Michalitsch.

Seit Dezember leben nun 24 Menschen aus dem Iran, dem Irak aber auch aus Syrien in einem ehemaligen Wirtshaus in Eichgraben. Die Wirtin und Besitzerin des ehemaligen Gasthauses, Isabella Sutter, stellt den Flüchtlingen nicht nur eine geeignete Unterkunft zur Verfügung. Isabella Sutter kocht, wäscht und sorgt auch für Ordnung im Haus. „Für uns ist die Situation mit den Kriegsflüchtlingen im Ort kein Neuland. Wir haben bereits in den 80er Jahren Flüchtlinge bei uns in der Gemeinde aufgenommen. Und für mich war es eine Bauchentscheidung, jetzt wieder Asylsuchende bei uns aufzunehmen,“ sagt die Quartiergeberin. Freunde habe sie sich damit keine gemacht. „Ich war anfangs die Böse in der Gemeinde. Wie man nur so etwas machen kann“, schildert Sutter Berührungsängste mit den Flüchtlingen in der Bevölkerung. Und auch wenn sie jeden Tag 18 Stunden im Einsatz ist und die finanzielle Unterstützung am Ende ein Nullsummenspiel ist, möchte sie die Zeit nicht missen. „Ich habe noch immer Kontakt zu Flüchtlingsfamilien von vor 25 Jahren. Und wenn ich in Neulengbach zum Baumarkt gehe, werde ich von meinen Ex-Flüchtlingen mit „Hallo Mama“ begrüßt und bedient“, sagt Isabella Sutter.

„Unser Erfolgsrezept bei der Flüchtlingsunterbringung, ist sicher, dass die politischen Entscheidungsträger gemeinsam mit vielen engagierten Menschen in der Gemeinde, sowie den kirchlichen Einrichtungen an einem Strang ziehen, zusammenarbeiten und zusammen halten“, sagt Bürgermeister Martin Michalitsch. Nicht umsonst, sind die Flüchtlinge auch so gut ins Gemeindeleben integriert: Die Kinder besuchen die örtliche Schule, die Jugendlichen und Erwachsenen machen Deutschkurse, arbeiten abwechselnd auf dem Bauhof mit oder werden von der Bürgerbewegung „Mosaik“ beschäftigt und unterstützt. Letztere Einrichtung besteht aus einem Team mit 20 Frauen, die sich ausschließlich um die Flüchtlinge in der Gemeinde Eichgraben kümmern. „Begonnen haben wir mit einem Shop, um Kleidung für die Flüchtlinge zu bekommen. Mittlerweile hat sich unsere Mosaik-Gruppe weiterentwickelt: wir kochen, musizieren und basteln mit den Flüchtlingen, wir bieten Deutschkurse an und starten Aktionen, Workshops und Projekte, wodurch wir die Asyl suchenden Menschen beschäftigen aber auch Geld und Spenden bekommen,“ erklärt Sissi Hammerl, Leiterin der Mosaik-Gruppe und erste Ansprechperson für die Flüchtlinge in Eichgraben.
Bürgermeister Michalitsch kann der Unterbringung von Flüchtlingen in seiner Gemeinde durchaus ‚Positives abgewinnen. „Bei den Wahlen hat mir die Entscheidung sicher nicht genützt, aber Menschlichkeit geht bei mir vor“, so Martin Michalitsch.

Bürgermeister Johann Lueger, Opponitz: „Für einen normalen Gemeindebürger ist die Situation und das Leid der Flüchtlinge sehr schwer nachvollziehbar.“

„Das Zusammenleben vor Ort funktioniert gut“

Wie in Eichgraben, hat auch die Mostviertler Gemeinde Opponitz Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Und zwar 74 Personen - das ist für eine Gemeinde mit 900 Einwohnern durchaus eine Meisterleistung. In Opponitz fungiert das örtliche Wirtshaus Bruckwirt als Unterkunft, die Volkschuldirektorin und die Diakonie sind die Ansprechpartner vor Ort. „Das Zusammenleben vor Ort funktioniert gut, es ist ein gutes Nebeneinander, kein Miteinander“, sagt Bürgermeister Johann Lueger. Dennoch gebe es durchaus auch Sorgen und Ängste in der Bevölkerung. „Für einen normalen Gemeindebürger ist die Situation und das Leid der Flüchtlinge sehr schwer nachvollziehbar. Da hilft Information und Austausch. Aber wir brauchen auch professionelle fachliche Unterstützung, damit auch die Bevölkerung besser über Asylsuchende und ihre Lage informiert ist“, wünscht sich Bürgermeister Lueger Verstärkung vom Land.
Auch die Opponitzer Volksschuldirektorin Margarete Blamauer kennt sich in Sachen Flüchtlingsbetreuung aus. Zwölf von insgesamt 49 Kindern in der Volkschule sind Asylsuchende. Die Kinder kommen aus Afghanistan, Syrien und der Ostukraine. „In der Schule gibt es überhaupt keine Probleme mit den Flüchtlingen. Im Gegenteil. Die Kinder sind wirkliche eine Bereicherung für die Schule. Ich freue mich, über jeden weiteren Schüler. Und die fremden Kinder können innerhalb von drei Monaten Deutsch“, freut sich Direktorin Margarete Blamauer. Aber auch in Sachen Integration ist Opponitz einen Tick voraus: „Islamische Kinder sind bei unserer Erstkommunion dabei, das wird auch von den Eltern der Kinder unterstützt“, sagt Blamauer. Und weiter: „Für mich hat jeder Mensch ein Recht auf einen Platz und in Frieden auf Erden zu leben. Unser Schulmotto ‚gemeinsam leben, lernen und arbeiten‘ sollte sich noch besser verankern.“

Sicher unterwegs mit der neuen NV App

Ab sofort haben Sie auch unterwegs immer den direkten Draht zur NV:

- mobile Schadenmeldung einfach und schnell
- alle Notrufnummern auf einen Blick
- Checklisten für Schäden und Erste Hilfe
- Archiv für Wertgegenstände
- Reiselandinfos fürs europäische Ausland
- einfacher Kontakt zur NV

Nähere Informationen zur App finden Sie unter www.noevers.at

Gratis Download unter

NV
Die Niederösterreichische Versicherung

Niederösterreichische Versicherung AG
Neue Herrengasse 10
3100 St. Pölten
www.noevers.at

Jobmotor Gemeinde

Landeshauptmann-Stv. Wolfgang Sobotka und GVV-Chef Alfred Riedl im Interview

NÖ Gemeinde: Die ÖVP hat bei den Gemeinde-Wahlen neun Bürgermeister dazu gewonnen und ist mit 435 Ortschefs eindeutig die Bürgermeisterpartei in Niederösterreich. Was bedeutet dieses Ergebnis für Sie?

Sobotka: *Die Gemeinde-Wahlen haben deutlich gemacht, dass Arbeit für den Bürger bei Wahlen durch Stimmen vom Bürger wertgeschätzt wird. Unsere Stärke liegt in der Breite, in den tausenden Funktionärinnen und Funktionären, die ihre unterschiedlichen Ansätze mit einbringen. Gemeindearbeit ist echtes Management, aber es geht auch um das Gefühl, die Wünsche und Anliegen aufzunehmen und letztlich umzusetzen.*

Riedl: *Rund 19.000 Kandidaten sind in den NÖ Gemeinden angetreten. Diese Zahl spricht eindeutig für die Stärke unserer Organisation. Keine andere Partei ist derart regional verankert, die Personen vor Ort bekannt und präsent – und das jeden Tag, im Gegensatz zu neuen Listen, ob blau oder rosa. Auffallend ist auch, dass wir nicht nur in den ländlichen Gemeinden reüssieren konnten, sondern wir haben auch im städtischen Bereich und in Ballungszentren deutlich zugelegt.*

NÖ Gemeinde: In Zeiten wie diesen ist es auch nicht immer einfach, gute neue Leute für die Kommunalpolitik zu finden. Gibt es in Niederösterreich ein Nachwuchsproblem?

Sobotka: *Wahlergebnisse werfen immer wieder Prognosen und Trends über Bord – besonders in Niederösterreich. Noch nie haben so viele junge Menschen für die Volkspartei kandidiert, noch nie waren so viele junge Menschen in unseren Gemeinderäten vertreten. Von rund 4.500 Jugend-Kandidaten haben rund 1.250 den Einzug geschafft. Wir zählen heute 7 Bürgermeister und 18 Vizebürgermeister unter 35 Jahren. Damit haben wir die besten Aussichten für eine erfolgreiche Zukunft.*

Riedl: *Wir wissen, dass die zeitliche Belastung und die massive Veränderung des Arbeitsumfeldes, die enorme Verantwortung und die geringe Entlohnung der Ortschefs nicht gerade ein Anreiz für das Bürgermeisteramt sind. Dennoch sind wir Gott sei Dank nicht in der Situation wie in anderen Bundesländern, dass wir die Bürgermeister per Inserat in der Zeitung suchen müssen.*

Die Arbeit in der Kommunalpolitik hat für viele den Vorteil, vor Ort, selbständig, relativ unabhängig und unmittelbar etwas für die Bürger gestalten und bewegen zu können. Viele Entscheidungen die in den Gemeinden fallen, sind oft am nächsten Tag schon sichtbar oder spürbar.

Die Gemeinden sind zu lokalen Wirtschaftslokomotiven und Jobmotoren geworden. Wie äußert sich das?

Sobotka: *Die Gemeinden beschäftigen direkt 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Wirtschaftskraft des Landes wird durch die Gemeinden entscheidend mitgeprägt. Deshalb haben wir im Jahr der Arbeit eine neue Landes-Finanzsonderaktion ins Leben gerufen. Bis 30. Juni 2015 übernimmt das Land NÖ die Zinsen für drei Jahre von maximal 3 Prozent für Projekte von Gemeinden und Gemeindegesellschaften. Egal ob Breitbandausbau oder Schulbauten – davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger genauso, wie die regionale Wirtschaft.*

Riedl: *Die Gemeinden sind ganz einfach die besten Manager in der Krise. Das zeigt sich seit Jahren – nicht zuletzt der jährlich erscheinende Gemeindefinanzbericht bestätigt uns, dass die NÖ Gemeinden mit 502,4 Mio. Euro nach wie vor die größten öffentlichen Investoren im Bundesländervergleich sind. Trotzdem sind unsere Finanzschulden um 41 Mio. Euro gesunken und wir haben neben Vorarlberg am meisten zurückgezahlt, und dass obwohl die Gemeinden immer mehr Aufgaben übernehmen müssen.*

Die Gemeinden haben sich zu modernen Serviceeinrichtungen entwickelt an deren Spitze die Bürgermeister einen Manager-Job ausüben. Wie sehen Sie die Rolle des Bürgermeisters von heute und in Zukunft?

Sobotka: *Das eine sind die Verwaltungsaufgaben. Hierbei gilt unser Grundsatz: Rascher verwalten, schneller gestalten. Ein gutes Bürger-Service-Team am Gemeindeamt ist das Um und Auf.*

Das andere ist die allgemeine Lebensqualität. Fortschritt darf, was das Wohlbefinden betrifft, nicht zum Rückschrittführen. 95 Prozent der Landesbürger schätzen die Lebensqualität in ihrer Gemeinde, 93 Prozent fühlen sich mit ihr im Besonderen verbunden. Dieses hohe Maß an Zufriedenheit gilt es zu halten.

Riedl: *In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich die Gemeinden für die Bürger immer mehr zur ersten und wichtigsten Anlaufstelle vor Ort entwickelt. Damit sind die Amtshäuser immer mehr als Dienstleistungsgemeinde gefragt. Die Bürgermeister stehen an der Spitze der Gemeinden und führen diese mit modernen Management-Methoden, um das „Unternehmen Gemeinde" erfolgreich führen zu können. Gleichzeitig wird die Gemeinde als Gemeinschaft für die Menschen immer wichtiger. Nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in der Gesellschaft dazu geführt, dass sich die Menschen wieder verstärkt nach kleineren, überschaubaren Struk-*

Wolfgang Sobotka und Alfred Riedl: „Die Wirtschaftskraft des Landes wird durch die Gemeinden entscheidend mitgeprägt. Deshalb haben wir im Jahr der Arbeit eine neue Landes-Finanzsonderaktion ins Leben gerufen."

turen sehnen. Sie wollen Nähe, Geborgenheit und Sicherheit spüren. Soziale Gerechtigkeit und das demokratische Miteinander auf kommunaler Ebene sind dabei unverzichtbare Grundlagen einer sozialen Marktwirtschaft, wie man sie in Österreich versteht.

Die finanzielle Lage ist nach wie vor eine große Herausforderung für die Gemeinden. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage und den Umgang der NÖ Gemeinden in dieser Frage?

Sobotka: *Während der Bund 86 Prozent aller Schulden verantwortet, sind es bei Land und Gemeinden nur 14 Prozent. Die finanziellen Herausforderungen sind angesichts der bekannten Rahmenbedingungen für alle hoch – wir beweisen aber, dass wir damit besser umgehen. Gemeinsam zeigen Land und Gemeinden auch in schwierigen Situationen vor, dass maßvolles Sparen und kraftvolles Investieren keine Widersprüche darstellen. Wenn der Bund 100 Euro an Förderungen ausschüttet entstehen 15 Euro an Verwaltungskosten, bei Land und Gemeinden nur 3,8 Euro.*

Riedl: *Der Gemeindefinanzbericht zeigt deutlich, dass die Gemeinden die besten Manager in der Krise sind. Österreichs Städte und Gemeinden haben im Jahr nachhaltige Maßnahmen zur Konsolidierung der Haushalte gesetzt. Die Gemeinden konnten durch ihr konsequentes und verantwortungsbewusstes Handeln Überschüsse erwirtschaften, Investitionen tätigen und gleichzeitig Schulden reduzieren. Das muss uns erst einmal eine Gebietskörperschaft nachmachen.*

Tatsache ist, wir haben die höchste Investitionskraft, wir können aktuell investieren, wir haben in kritischen Zeiten sehr viel vorgezogen und wir haben gesehen, dass wir auch großen Handlungsbedarf haben.

Die Verhandlungen für den FAG laufen. Was erwarten Sie sich für NÖ und die NÖ Gemeinden?

Sobotka: *Der Bund hat uns in den vergangenen Jahren und Monaten viel an Belastungen aufgebürdet. Ob das die Bankenabgabe für unsere Landesbank betrifft – die Straßen-, Schul-, und Wohnungsbauten finanziert, die Beteiligung an der Steuerreform oder die Solidarhaftung für die Kärntner Abwicklungsbank HETA. Wir sind nicht die Verursacher gewesen, stehen aber trotzdem unter Druck, diese Belastungen zu stemmen. Da alle Steuern gemeinsame Bundesabgaben sind, also Gemeinden, Ländern und dem Bund zu Gute kommen, geht es für uns natürlich darum, diese entsprechend der Verantwortung aufzuteilen. 75 Prozent unseres Landesbudgets werden für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Arbeit verwendet – das sind zentrale Eckpfeiler, die eine entsprechende Ausstattung rechtfertigen.*

Riedl: *Bevor wir über einen neuen Finanzausgleich reden, ist es für uns Gemeindevertreter von essentieller Bedeutung über eine Aufgabenreform zu sprechen. Wir brauchen eine grundlegende Reform, um die Finanzierung wichtiger Aufgaben langfristig sicherzustellen. Der Pflegefonds etwa muss meiner Meinung nach in die neue Vereinbarung integriert werden, damit die Pflegefinanzierung dauerhaft gesichert wird, um nur ein Beispiel zu nennen.*

Wir wollen auf jeden Fall eine Stärkung der gemeindeeigenen Abgaben, das heißt die Grundsteuer muss weiterhin in Gemeindehand bleiben. Wir werden auch alles daran setzen, dass die vom Bund geforderte höhere Abgabenautonomie der Länder nicht zu einem schädlichen Steuerwettbewerb wird und ohne Verländerung der Gemeindeabgaben auskommen muss. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels ein.

Es sind also eine Reihe an Forderungen, auf die wir seitens der Gemeinden beharren werden und wo noch großer Diskussionsbedarf besteht.

Das Gespräch führte
Sotiria Taucher

Ein neuer **jüngster Bürgermeister** des Landes

Der 24-jährige Markus Baier ist neuer Ortschef von Zellerndorf

von Franz Oswald

Die NÖ GEMEINDE hat in ihrer letzten Ausgabe von Lukas Michlmayr als – zu diesem Zeitpunkt – jüngsten Bürgermeister Niederösterreichs (Stadt Haag) berichtet. Nun gibt es einen noch jüngeren: den 24-jährigen Markus Baier aus Zellerndorf im Bezirk Hollabrunn, geboren am 20. Mai 1990. So weit dies nachgeprüft werden konnte, ist Baier damit nicht nur Niederösterrichs und Österreichs, sondern Europas jüngster Gemeindechef.

Markus Baier: „Ohne direkte Einbindung der Bürger wird künftig nichts Wesentliches mehr entschieden, das schwöre ich."

„Ohne direkte Einbindung der Bürger wird künftig nichts Wesentliches mehr entschieden, das schwöre ich."
Markus Baier

Die Überraschung

Baiers Weg zum Bürgermeister ist bemerkenswert. Der bisherige Ortschef Karl Schwayer verlor bei der jüngsten Gemeinde-Wahl ein Mandat, damit die absolute Mehrheit und nahm daraufhin seinen Hut.

Die örtlichen VP-Bünde einigten sich überraschend – für ihn selbst war es die größte Überraschung– auf Baier als Nachfolger Schwayers. Bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung am 4. März wurde Baier mit Hilfe des einzigen FP-Mandatars mit 11 zu 10 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Gemeindezentrum wird Bürgerzentrum

Baier und Gemeinde – das ist trotz seiner Jugend schon seit Jahren eine enge Verbindung. Nach der Matura und Praktika beim Finanzamt und der Raika trat er in den Zellerndorfer Gemeindedienst ein und wurde für das Melde- und das Bauamt zuständig. Vom Einstieg in die Politik war noch keine Rede, sie kam – siehe oben – unvorhergesehen. Jetzt, als Gemeindechef, hat er einen klaren Plan: das Gemeindezentrum wird Bürgerzentrum.

„Ohne direkte Einbindung der Bürger wird künftig nichts Wesentliches mehr entschieden, das schwöre ich", spricht Baier Klartext und setzt umgehend Signale: Das bisherige Bügermeisterbüro wird Besprechungs- und Bürgerzimmer. Er selbst behält seine Agenden samt Schreibtisch, der – wo sonst – schon jetzt im bisherigen Bürgerbüro steht. Die Stiländerung merkt man umgehend, wenn man beim Gemeindeamt anruft: Am Telefon sitzt Markus Baier, er ist der Erste, mit dem man in Kontakt tritt.

Jus-Student und Feuerwehrmann

Sein Vorbild ist – wie könnte es anders sein – JVP-Chef Außenminister Sebastian Kurz, mit dem ihn noch eines verbindet: Beide studieren neben ihren politischen Ämtern Jus und haben die Familiengründung noch vor sich. Baier ist im Übrigen begeisterter Feuerwehrmann. Kein Nachteil für bürgernahes Agieren.

Mit Raiffeisen energieeffizient **bauen und sanieren**

Kostenoptimierte Gesamtlösungen für Investitionen

Der Spielraum von Gemeinden zur Finanzierung dringend erforderlicher Investitionen wird immer geringer. Raiffeisen bietet kostenoptimierte Gesamtlösungen, die die lokale Wirtschaft einbinden und einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten.

Trotz knapper finanzieller Mittel müssen Gemeinden ihre öffentlichen Gebäude regelmäßig sanieren, veränderten Nutzungsbedingungen anpassen, auf ihre Energieeffizienz prüfen oder überhaupt neu bauen. Um die Finanzierung solcher kommunalen Anforderungen zu erleichtern und die Umsetzung wichtiger Projekte zu beschleunigen, bietet Raiffeisen attraktive Finanzierungsalternativen in Form von Gesamtlösungen aus einer Hand. Eine dieser Lösungen heißt „Energieeffizientes Bauen und Sanieren", kurz EEBS.

„Gemeinden profitieren dabei vor allem von einer Optimierung der Lebenszykluskosten – gemeint sind die Investitionskosten plus die laufenden Energiekosten – durch eine bedarfsgerechte Leasingfinanzierung und einen garantierten Energiebedarf", nennt Eva Balcar von Raiffeisen-Leasing den Hauptvorteil. Mit EEBS können typische Anforderungen wie Betriebskostenlimitierung, Baukostenfixierung, die bevorzugte Einbindung von regionalen Gewerbebetrieben und die optimale Projektfinanzierung gleichzeitig erfüllt werden.

Vorzeigemodell Kindergarten in Enzersdorf an der Fischa

Wie gut EEBS in der Praxis funktioniert, zeigt das Beispiel der Marktgemeinde Enzersdorf an der Fischa. Die Gemeinde hatte bei ihrem Kindergarten dringenden Erweiterungs- und Sanierungsbedarf.

In nur rund sieben Monaten Bauzeit wurde der Zubau zwischen den beiden bestehenden Gebäuden umgesetzt. Die alten Gebäude wurden so umgestaltet, dass sie nun den neuesten Standards entsprechen.

Bei der Auswahl der Materialien wurde größtes Augenmerk auf qualitativ hochwertige und äußerst energieeffiziente Produkte gelegt, um künftig die Energiekosten so gering wie möglich zu halten und das Budget der Gemeinde nachhaltig zu schonen.

„Das gesamte Bauvorhaben wurde unter minimaler Störung des Kindergartenbetriebs und mit heimischen bzw. regionalen Gewerbebetrieben umgesetzt", freut sich Christian Pelzmann von der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien.

Alle Leistungen aus einer Hand

Raiffeisen fungierte bei diesem Vorzeigeprojekt als Totalübernehmer und übernahm die Fixkostengarantie sowie die Finanzierung. Für die technische Umsetzung und ein transparentes Kostenmanagement zeichnete die EQ Energie & Bau GmbH als Subunternehmerin verantwortlich. Voraussetzung für eine nachhaltige Projektabwicklung war eine ganzheitliche Planung, bei der sämtliche Details bereits vor Baubeginn definiert wurden.

Viele Vorteile durch eine innovative Lösung

Mit dieser Lösung profitierte die Marktgemeinde Enzersdorf an der Fischa von
- einem garantierten Pauschalfixpreis,
- einer deutlichen Einsparung bei den Energiekosten,
- der exakten Einhaltung der Baukosten,
- der Umsetzung des Bauvorhabens mit regionalen Gewerbebetrieben,
- einer fristenkonformen Leasingfinanzierung und einem minimalen Eigenaufwand.

Raiffeisen stand während der gesamten Projektdauer als kompetenter Ansprechpartner für alle Themenbereiche zur Verfügung.

Foto: Raiffeisen-Leasing GmbH

Der Kindergarten in Enzersdorf an der Fischa

Informationen

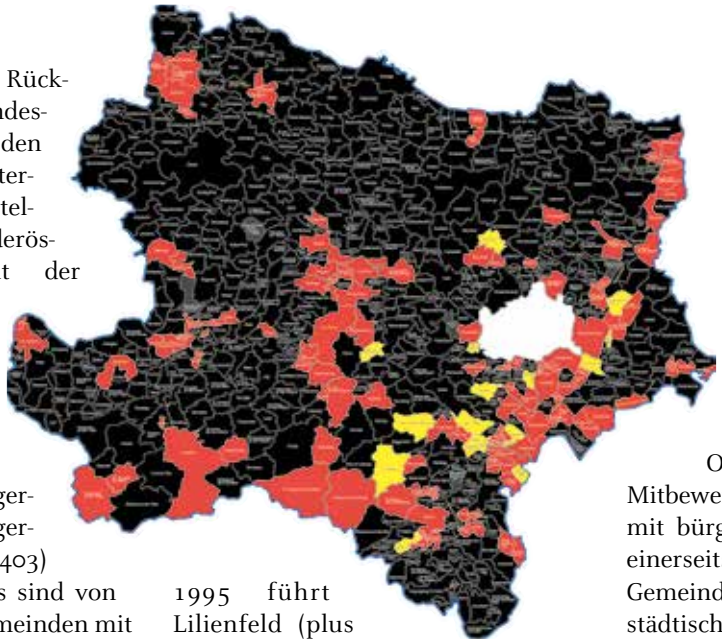
Raiffeisen-Leasing GmbH
Eva Balcar
Tel.: 01 71601-8035
E-Mail: **eva.balcar@rl.co.at**
www.raiffeisen-leasing.at

Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG
Christian Pelzmann
Tel.: 05 1700-92944,
Mail: **christian.pelzmann@raiffeisenbank.at**
www.raiffeisenbank.at

entgeltliche Einschaltung

100.000 Menschen erstmals von **VP-Vertretern regiert**

Auch die Anzahl der Bürgermeister konnte nochmals gesteigert werden



Nach den konstituierenden Sitzungen steht fest: 435 Gemeinden werden von VP-Bürgermeistern regiert. Darunter auch 17 der 21 Bezirkshauptstädte.

Eine detaillierte Rückschau auf das landesweite Ergebnis zu den Gemeinde-Wahlen unterstreicht die Vormachtstellung der Volkspartei Niederösterreich: Über 50 Prozent der Stimmen erreicht, die Mandatszahl vergrößert (auf 6.697) und selbst die Bürgermeister-Anzahl noch einmal gesteigert. So hält die Volkspartei bei 435 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Land (1990: 403) – drei von vier Ortschefs sind von der Volkspartei. In 15 Gemeinden mit knapp 100.000 Einwohnern stellt die Volkspartei nach dem Wahltag am 25. Jänner erstmals wieder den Bürgermeister.

VP in den Bezirkshauptstädten dominant

Besonders beachtlich ist die Entwicklung in den Bezirkshauptstädten. Lag die Verteilung im Jahr 1990 noch bei 12 Bürgermeistern für die VP und 9 Bürgermeistern für die SP, so liegt das Verhältnis mittlerweile bei 17 zu 4 für die Volkspartei. Lediglich Amstetten, Bruck, Krems und St. Pölten werden von einem roten Bürgermeister regiert. Die Entwicklung bei den Mandaten in den Bezirkshauptstädten sieht seit dem Jahr 2005 folgendermaßen aus: VP von 308 auf 320, SP von 249 auf 177. Das heißt die Volkspartei konnte ihre Mandate in den Bezirkshauptstädten weiter ausbauen, die Sozialdemokraten verloren an weitere antretende Listen massiv.

Das Ranking bei den Top-Zugewinnen für die Volkspartei seit dem Jahr 1995 führt Lilienfeld (plus 25,3 Prozent) an. Dahinter folgen Korneuburg (plus 24,3 Prozent), Neunkirchen (plus 20,8 Prozent), Gänserndorf (plus 12,8 Prozent) und Wiener Neustadt (12,7 Prozent).

Bei Städten und Gemeinden über 5.000 Einwohner (rund 70) zeigt sich ein ähnliches Bild. Während die Volkspartei bei den Stimmen im Zeitraum von 2005 bis 2015 von 121.806 auf 132.972 zulegen konnte, rutschte die SPÖ von 141.175 Stimmen auf 112.882 Stimmen ab.

Für Landeshauptmann Erwin Pröll ist diese Entwicklung kein Zufall: „Es ist eine Mär zu glauben, dass die ÖVP in Städten nicht gewinnen kann. Ein genauer Blick auf die Wahlergebnisse der letzten 20, 25 Jahre in Niederösterreich zeigen, dass die Volkspartei in Städten deutlich zugelegt und große Erfolge eingefahren hat. Wer für sich den Anspruch erhebt, Politik für die Menschen zu machen, der kann auf allen Ebenen dazu gewinnen.“ Auch für Landesgeschäftsführer Gerhard Karner liegen die Erfolge auf der Hand: „Es ist die Kraft der Nähe, die unsere Organisation von politischen Mitbewerbern unterscheidet. Denn nur mit bürgernaher Politik können wir einerseits das Vertrauen in ländlichen Gemeinden halten und andererseits im städtischen Bereich punkten.“

Immer mehr Frauen & Junge übernehmen Verantwortung

Nachdem der Großteil der konstituierenden Sitzungen abgeschlossen ist, zeigt sich, dass auch immer mehr Frauen und Junge Verantwortung in der Volkspartei und für ihre Gemeinden übernehmen. Nach dieser Wahl gestalten 1.250 junge Gemeinderäte unter 35 Jahren die Geschicke der Kommunen mit. Damit stellt man sogar doppelt so viele junge Gemeinderäte wie die FPÖ gesamt in Niederösterreich an Mandataren hat.

Mit 37 Bürgermeisterinnen, 67 Vizebürgermeisterinnen, 281 geschäftsführende Gemeinderätinnen oder Stadträtinnen und 1.101 Gemeinderätinnen zeigt sich, dass auch immer mehr Frauen „Ja“ zu einer politischen Funktion sagen. So hat sich die Zahl der Bürgermeisterinnen in den letzten zehn Jahren verdreifacht und die Zahl der Mandatarinnen in den Gemeinden um 10 Prozent im Vergleich zur vorhergehenden Periode erhöht.

entgeltliche Einschaltung der Volkspartei Niederösterreich

Einfache Meldung von defekten Lichtpunkten

Störmeldeportal verbessert die Versorgungsqualität der Straßenbeleuchtung

Ausfälle einzelner Lichtpunkte können ganz einfach online gemeldet werden, um damit Störungen noch rascher zu beheben. Möglich gemacht wird das durch das EVN Störmeldeportal – für EVN Lichtservice betreute Straßenbeleuchtungsanlagen kostenlos.

Gerade in der dunklen Jahreszeit bietet die öffentliche Straßenbeleuchtung nicht nur Licht, sondern damit auch Sicherheit. Daher ist es wichtig, dass ein defekter Lichtpunkt rasch gemeldet und identifiziert wird, um sobald als möglich wieder die volle Beleuchtung in der Gemeinde sicherzustellen.

Gemeinden, die ihre öffentliche Beleuchtung im Rahmen eines Lichtservice-Vertrags der EVN übergeben haben, profitieren vom EVN Störmeldeportal: denn damit können Passanten, Anrainer oder die Gemeinde selbst Ausfälle punktgenau online melden. Das funktioniert ganz einfach online auf lichtservice.evn.at oder bequem per App über Smartphone oder Tablet. Der User des Störmeldeportals wird Schritt für Schritt durch das Online-Tool geleitet. Erfolgt die Meldung über ein Mobilgerät, kann sogar ein Foto der defekten Straßenlaterne mitgeschickt werden. Damit kann in vielen Fällen der Ausfall noch schneller und effizienter behoben werden.

Jede Störung wird sofort an die zuständige Stelle weitergeleitet. Je nach Art der Störung und deren Bedeutung für die öffentliche Sicherheit wird ein EVN-Störungstechniker oder Techniker eines Partnerunternehmens losgeschickt, um die Funktion innerhalb der vereinbarten Behebungszeit wieder herzustellen.

entgeltliche Einschaltung

Professionelle Teams prüfen regelmäßig

Noch besser ist es natürlich, wenn es erst gar nicht zu einem Ausfall kommt. Regelmäßige Inspektionen, die die EVN Experten in Kooperation mit den regionalen EVN PowerPartnern durchführen, sichern schon bisher die Funktionalität und Sicherheit der Anlage und tragen dazu bei, Ausfälle zu verhindern. Solche Checks sind übrigens für alle Straßenbeleuchtungsanlagen gesetzlich vorgeschrieben.

Zusätzlich sind für das EVN Lichtservice professionelle Teams unterwegs, die EVN Lichtservice-betreute Straßenbeleuchtungsanlagen noch engmaschiger überprüfen. Ziel ist es, potenzielle Störquellen frühzeitig zu erkennen und diese erforderlichenfalls in Kooperation mit lokal ansässigen Partnern zu beseitigen.

Passanten, Anrainer oder die Gemeinde können Ausfälle von Lichtpunkten punktgenau online melden.

Störungen können auch per App über Smartphone oder Tablet gemeldet werden.

Der Überprüfungsmodus garantiert somit ein noch höheres Maß an Verfügbarkeit und sorgt dafür, dass die Anlage jederzeit den elektrotechnischen Sicherheitsanforderungen entspricht. Die Kosten für die Gemeinden bleiben trotzdem unverändert, für dieses Qualitätsplus entstehen der Gemeinde keinerlei Zusatzkosten.

Komplettangebot für die öffentliche Beleuchtung

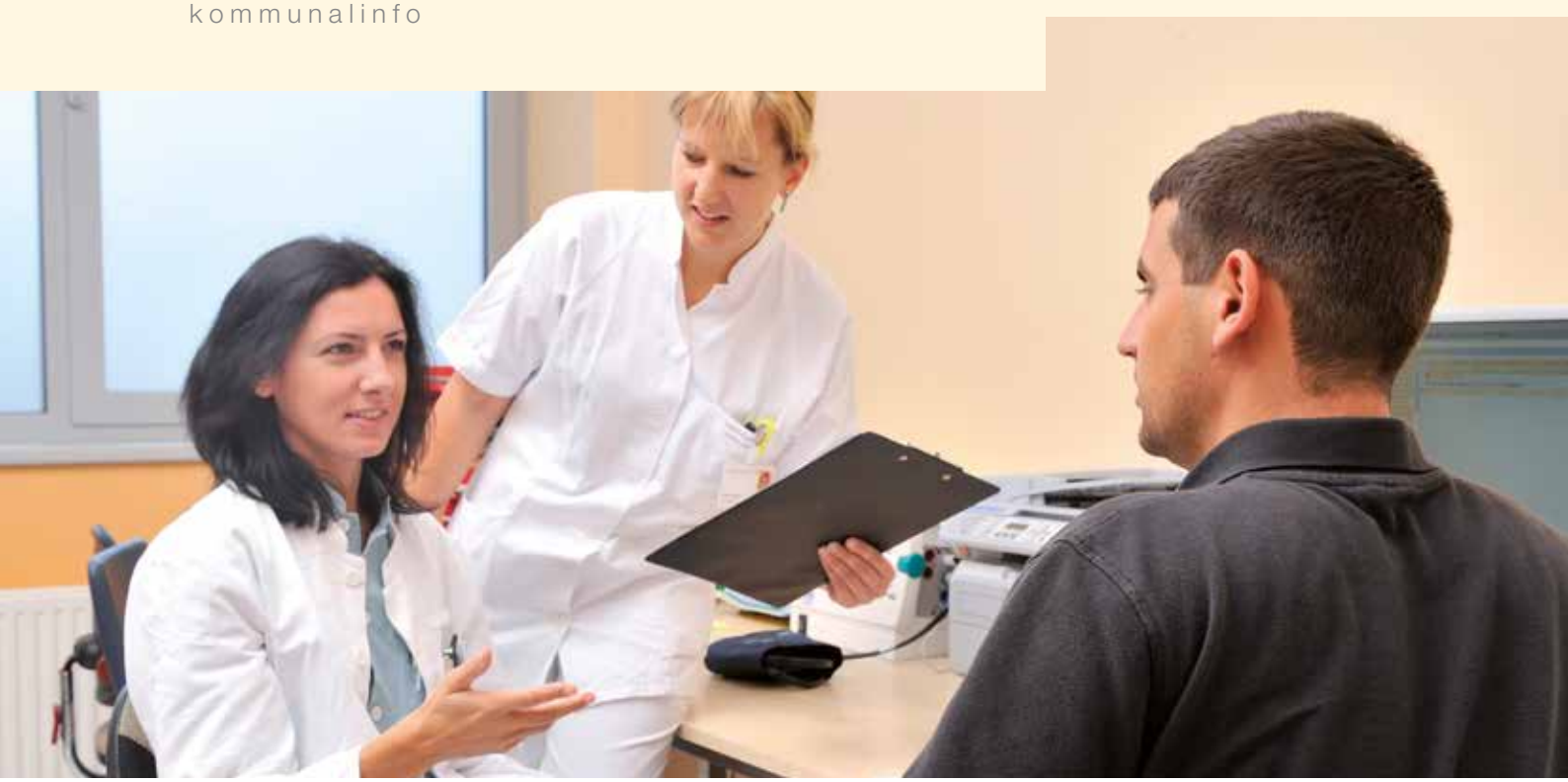
Das EVN Lichtservice ist ein Komplettangebot für

- Betrieb
- Wartung und
- Instandhaltung

von öffentlichen Beleuchtungsanlagen. Damit haben Gemeinden nicht nur die Möglichkeit, sämtliche anfallenden Tätigkeiten den Profis der EVN zu überlassen. Die EVN übernimmt auch die Gesamtverantwortung für die Anlage – insbesondere gegenüber den Behörden.

Informationen

Informationen bzw. ein maßgeschneidertes Angebot gibt es unter **lichtservice@evn.at** oder über die EVN Kundenbetreuer.



Hervorragendes Zeugnis für NÖ Kliniken

Befragung von 60.000 Patienten ist Bestätigung für hervorragende Arbeit

An 25 Standorten wurden insgesamt 270 Stationen und 18 medizinische Fächer kritisch von den Patientinnen und Patienten beurteilt. Erneut führte die NÖ Landeskliniken-Holding die große Patientenbefragung durch, bei der die Patienten ihrem Klinikum und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Zeugnis ausstellen können.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken leisten tagtäglich herausragende Arbeit in der Versorgung der Patientinnen und Patienten. Auch die Ergebnisse der diesjährigen Patientenbefragung zeigen ganz klar, dass alle – angefangen von den Ärzten über die Pflege- bis hin zu den Service-Mitarbeitern – mit ganzem Herzen für die Gesundheit der Patienten sorgen. Insgesamt konnte mit 92,46 von 100 möglichen Punkten das großartige Ergebnis von 2013 nochmals leicht gesteigert werden.

Die Patientinnen und Patienten sind mit den Angeboten und den Leistungen in den NÖ Kliniken sehr zufrieden. Sowohl das Ärzteteam (94,11 Punkte) als auch das Pflegepersonal (95,71 Punkte) kamen dem maximalen Wert von 100 sehr nahe. Für eine stetige Weiterentwicklung und um den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten noch besser gerecht zu werden, werden aber auch die Verbesserungsvorschläge sehr ernst genommen. Die gelebte Praxis ist daher, sich jetzt an die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge in den einzelnen Kliniken zu machen.

Durch die Anregungen aus der Patientenbefragung 2013 konnten beispielsweise folgende Maßnahmen in den einzelnen Kliniken umgesetzt werden:

- Verbesserung des Entlassungsmanagements
- Umstellung auf drei Wahlmenüs für PatientInnen (Universitätsklinikum Krems)
- Ankauf von Paravents zur Wahrung der Intimsphäre (Universitätsklinikum Tulln)
- Neugestaltung der Visiten (Unfall, Landesklinikum Horn)
- Staffelung der geplanten Aufnahmen um Wartezeiten zu verringern (Chirurgie, Landesklinikum Zwettl)
- Verkürzung Wartezeiten CTG-Ambulanz (Landesklinikum Waidhofen/Thaya)

Die NÖ Landeskliniken-Holding bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Patientenbefragung. Denn durch ihre Rückmeldungen ist eine stetige Verbesserung zum Wohle der Patientinnen und Patienten und für eine optimale Versorgung möglich.

entgeltliche Einschaltung

Die Welt des **Bodens**

Heuer ist das Jahr des Bodens! Die Aktion „Natur im Garten“ bietet zu diesem Schwerpunkt ein vielfältiges Angebot.

Er ist unser Fundament, auf ihm stehen und gehen wir und er bringt uns reiche Ernten: Der Boden ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen, auch wenn der Großteil seiner Welt mit seinen Bodenlebewesen im Verborgenen liegt. Pflanzen brauchen einen gesunden Boden, damit sie kräftig und robust wachsen können. Dafür verzichten wir auf Kunstdünger, Torf und Pestizide. Denn nur so kann sich ein gesundes Gleichgewicht entwickeln und das Bodenleben seine Arbeit tun: Pflanzenreste werden von Regenwürmern und anderen Tierchen in wertvollen organischen Dünger umgewandelt. Die Gänge der fleißigen Bodenbewohner sorgen auch für die Belüftung.
Naturgärtnerinnen und -gärtner wissen: Der Boden muss bedeckt sein, entweder durch Pflanzen oder durch Mulch. Denn nur so ist er vor Auswaschung, Austrocknung, Verschlämmung und Windverwehung geschützt. Dabei helfen uns Mulchschichten aus Grasschnitt, Häckselgut und Laub. Eine Gründüngung aus lebenden Pflanzen lockert den Boden und hält ihn bedeckt. Verwenden Sie zum Beispiel Ringelblumen, dann können Sie sich auch an den hübschen Blüten dieser Pflanze erfreuen und bieten unseren Insekten Nahrung an.

Ihr Weg zur „Natur im Garten“ Plakette

Wenn Ihr Garten die wichtigsten Naturgarten-Kriterien erfüllt, sind Sie mit dabei!
Das bedeutet, auf Pestizide, chemisch-synthetische Dünger und Torf zu verzichten und stattdessen Naturgartenelemente einzusetzen: Wildsträucher, Blumenwiesen, Trockensteinmauern, Naturteiche, Laubbäume, Blumen und Staudenbeete.

Foto: Natur im Garten/Alexander Haiden

Gepflegt wird ökologisch:
Komposthaufen, Nützlingsunterkünfte, Regenwassernutzung, umweltfreundliche Materialwahl, Mulchen, Mischkultur und Gründüngung helfen dabei.

Die Auszeichnung der „Natur im Garten“ Plakette wird Ihnen bei einer Gartenbesichtigung gemeinsam mit einer Urkunde um einen Kostenbeitrag von 20 Euro verliehen.

Melden Sie sich für Ihre „Natur im Garten“ Plakette am „Natur im Garten“ Telefon +43 (0)2742/74 333 an.

„Natur im Garten“ Seminartipps

Kräuter- und Gemüseschätze für Balkon und Terrasse
Fr., 24.4.2015, 12:30 bis 17:45 Uhr
Alles was StadtgärtnerInnen als Rüstzeug für Mobiles Grün brauchen: Guerillagärtnern und Saatbombenbau leicht gemacht. Bringen Sie Ihr Lieblingsgefäß zum Bepflanzen mit (zuzüglich 8,00 Euro Materialbeitrag)

Gesunder Boden – Gesunde Pflanzen
Sa., 2.5.2015 12:30 bis 17:45 Uhr
Gehen Sie mit uns dem Boden auf den Grund, der Ihren Garten erst zum Gedeihen und Blühen bringt: Bodenaufbau und Bodenverbesserung durch richtige Bearbeitung und Gründüngung.

Kosten pro Seminar:
35 Euro; für BesitzerInnen der „Natur im Garten“ Karte: 29 Euro

Anmeldung beim „Natur im Garten“ Telefon unter 02742/ 74333 bzw.
gartentelefon@naturimgarten.at

Die Seminare finden auf der GARTEN TULLN,
Am Wasserpark 1, 3430 Tulln statt.
Am Tag des Seminars ist der Besuch der GARTEN TULLN inkludiert.

„Natur im Garten“ Plaketten werben... und gewinnen!

Werben Sie zwei angehende Plakettenbesitzer, dann bekommen Sie ein Garten-Geschenkpaket der Aktion „Natur im Garten“ als Dankeschön!

entgeltliche Einschaltung

Gemeinsam **Verantwortung** übernehmen!

NÖ Landtag beschließt einstimmig Dringlichkeitsantrag in Sachen HETA

Ganz Österreich ist erschüttert von den Folgen des Kärntner Hypo Alpe Adria-Skandals, denn die Folgen treffen alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Jetzt geht es darum, gemeinsam den Schaden für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zu minimieren und das Ansehen Österreichs als Investitionsstandort sicherzustellen. Eine rasche und konsequente Vorgehensweise war das Gebot der Stunde!" betont VP-Klubobmann Klaus Schneeberger nach dem klaren Bekenntnis des NÖ Landtages zur Vorgehensweise in Sachen HETA und damit zur HYPO NOE.
„Ein wichtiges Zeichen, denn unsere blau-gelbe Landesbank ist ein wichtiger Partner unserer Gemeinden, was vor allem in den zwei Kernbereichen öffentliche Investitionen und Wohnbau deutlich sichtbar wird" so Schneeberger weiter.

Foto: Marschik

VP-Klubobmann Klaus Schneeberger freut sich über den parteiübergreifenden Schulterschluss im Landtag.

Aber wie kam es zu diesem parteienübergreifenden Schulterschluss für Niederösterreich? Der Bund hat am 1. März 2015 mit einem FMA-Bescheid ein Moratorium über die HETA Asset Resolution AG, der Nachfolgebank der Hypo-Alpe-Adria, verfügt was zur Folge hat, dass bis zum Ende des Moratoriums am 31. Mai 2016 keine Gläubiger bedient werden. Für 1,2 Milliarden Euro der HETA-Emissionen haften aber Landesbanken und Bundesländer über die gemeinsame Pfandbriefstelle, wovon bis zum Ende des Moratoriums 800 Millionen Euro schlagend werden. Eine Herausforderung für die Länder und ihre Hypothekenbanken, die aufgrund der Kärntner Malversationen nun zum finanziellen Handkuss kommen.

Länder stehen zu ihrer Verantwortung und zu den Haftungen

Gleich nach Bekanntwerden des Schulden-Moratoriums wurde im Rahmen einer außerordentlichen Finanzreferentenkonferenz unter Vorsitzführung von Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka vereinbart, dass die Länder und ihre Landesbanken ihrer Verantwortung nachkommen. Die Gläubiger sollen also zu 100 Prozent bedient werden. Für Schneeberger eine grundlegende Entscheidung, denn „damit soll ein noch größerer Schaden abgewendet werden. Bedient die Pfandbriefstelle nicht zeitgerecht ihre Schulden müsste sie Insolvenz anmelden, mit der Konsequenz, dass sämtliche Verbindlichkeiten in Höhe von 5,6 Milliarden Euro sofort fällig wären"
Wichtig war daher ein rascher und klarer Informationsfluss an alle im Landtag vertretenen Parteien. Mit dem Ergebnis, dass alle Klubs gemeinsam eine aktuelle Stunde zum Thema „Abwicklung HETA" beantragt haben, die in der März-Sitzung des Landtages sachlich und ohne Seitenhiebe behandelt wurde.
„Es war ein schönes Gefühl zu sehen, dass in dieser kritischen Stunde alle Abgeordneten Schulter an Schulter für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher und unsere Landesbank eingetreten sind", bekennt Klubobmann Klaus Schneeberger.

entgeltliche Einschaltung des ÖVP Landtagsklubs

Hilfswerk **Menüservice**

Das Top-Angebot für Ihre Gemeinde

Als kompetenter Partner der Gemeinden bietet das Hilfswerk das „Restaurant zuhause" flächendeckend in Niederösterreich - für Senioren sowie Kindergärten und Schulen.

Das NÖ Hilfswerk sucht stetig sehr individuelle, familien- und gemeindegerechte Lösungen. So auch beim Hilfswerk Menüservice, das flächendeckend in Niederösterreich angeboten wird. Es gibt Gaumenfreuden für Senioren und andere Privatpersonen oder einen schmackhaften Mittagstisch für Kindergärten und Schulen.

Qualität, die schmeckt

Das NÖ Hilfswerk liefert einmal pro Woche die Mahlzeiten direkt ins Privathaus bzw. in die Kinderbetreuungseinrichtung – tiefgekühlt und in österreichischer Qualität. Die Speisen werden nach traditioneller Art zubereitet und sofort tiefgefroren – Vitamine und Nährstoffe bleiben optimal erhalten. Die Gerichte sind frei von Geschmacksverstärkern, künstlichen Farbstoffen, Konservierungsstoffen und gentechnisch veränderten Zutaten. Und das Wichtigste ist: es schmeckt.

Wir haben zwei Top-Angebote für Ihre Gemeinde:

1. Vielfältiger Genuss für Ihr Restaurant zuhause

Es besteht kein Organisationsaufwand für die Gemeinden. Die Menüs werden direkt an den Kunden geliefert – und das ohne Zustellgebühr. Die Bürgerinnen und Bürger haben die freie Wahl zwischen Wochenmenüs und „á la carte". Bestellverpflichtung gibt es keine. Das NÖ Hilfswerk bietet eine große Auswahl an diätischen Speisen. Auch cholesterinarme, glutenfreie, laktosefreie und pürierte Speisen sowie Diabetiker- und Schonkost können geliefert werden. Durch die Tiefkühlung ist eine hohe Hygienesicherheit gegeben.

„Einfach bestellt, kostenlos geliefert, schnell zubereitet – und es schmeckt", bekräftigt NÖ Hilfswerk-Präsidentin Michaela Hinterholzer.

2. Mittagstisch für Kindergärten und Schulen

Der Speiseplan wird abwechslungsreich und kindgerecht gestaltet und mit frischem Salat, Obst und Milchprodukten ergänzt. Zusätzlich stehen den kleinen Genießern noch drei Wahlmenüs zum Austausch zu Verfügung. Die Gerichte werden portionsgenau bestellt und verrechnet – somit ist auch das Preis-Leistungs-Verhältnis unschlagbar. Dazu kommt ein umfassendes Serviceangebot: Es gibt keine Zustellgebühr; die Geräte können für die Dauer der Zusammenarbeit kostenlos ausgeliehen werden. Die Mitarbeiter/innen der Kinderbetreuungseinrichtungen werden zudem vom Hilfswerk eingeschult.

Gaumenfreude zum Testen

Für Privatpersonen
„3 aus 6" heißt unser Top-Angebot für Neukunden. Aus sechs Hauptspeisen können zum Vorzugspreis von 9.90 Euro drei Favoriten gewählt werden. Es kann zusätzlich ein Gratisessen zum Testen bestellt werden.

Für Gemeinden
Die Mitarbeiter/innen des NÖ Hilfswerk stellen das Angebot gerne persönlich vor. Bei einer kostenlosen und unverbindlichen Verkostung können sie das Angebot testen. Rufen Sie uns an: 02742 90 4 90, **menueservice@noe.hilfswerk.at**

entgeltliche Einschaltung

Fehlerbehebung bei **Abgabenbescheiden**

§ 299 BAO als Möglichkeit zur Korrektur

von Gerald Kammerhofer

„Errare humanum est, sed in errare perseverare diabolicum." besagt ein lateinisches Sprichwort: Irren ist menschlich, aber auf Irrtümern zu bestehen ist teuflisch. Die Gemeinden als Verwaltungsbehörden haben es da nicht immer einfach. Ist ein Abgabenbescheid nämlich „draußen", d. h. wurde er erlassen, dann kann ihn die Behörde nicht einfach so widerrufen – auch wenn er fehlerhaft ist. Die Behörde muss also grundsätzlich auch auf fehlerhaften Erledigungen „beharren", außer wenn die Partei rechtzeitig Berufung erhebt oder ein Fall vorliegt, in dem das Gesetz der Behörde die Korrektur eines erlassenen Bescheides erlaubt.
Eine solche Möglichkeit, in einen erlassenen Abgabenbescheid (gegen den nicht rechtzeitig berufen wurde) nachträglich einzugreifen, ist die Aufhebung nach § 299 BAO.

Aufhebung nach § 299 BAO

Die Abgabenbehörde kann auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen einen Bescheid der Abgabenbehörde aufheben, wenn der Spruch des Bescheides sich als nicht richtig erweist.
Der Antrag hat zu enthalten:

a) die Bezeichnung des aufzuhebenden Bescheides;
b) die Gründe, auf die sich die behauptete Unrichtigkeit stützt.

Mit dem aufhebenden Bescheid ist der den ursprünglichen Bescheid ersetzende Bescheid zu verbinden. Dies gilt nur, wenn dieselbe Abgabenbehörde zur Erlassung beider Bescheide zuständig ist. Durch die Aufhebung tritt das Verfahren in die Lage zurück, in der es sich vor der Aufhebung befunden hat.
Aufhebungen gemäß § 299 BAO sind bis zum Ablauf eines Jahres nach Bekanntgabe (Zustellung) des Bescheides zulässig sowie auch dann, wenn der Antrag auf Aufhebung vor Ablauf der Jahresfrist eingebracht wurde.
Wenn auch der Bundesabgabenordnung grundsätzlich der formelle Rechtskraftbegriff zugrunde liegt, so werden doch die Grenzen der materiellen Rechtskraft, also der Unwiderrufbarkeit und der Unwiederholbarkeit eines Bescheides, von Bestimmungen wie § 299 BAO näher umschrieben (vgl. VwGH 20.6.2012, 2012/17/0146).

Rechtsrichtigkeit vor Parteiinteresse

Im Abgabenverfahren überwiegt das öffentliche Interesse an der Rechtsrichtigkeit von Abgabenbescheiden und an der Gleichmäßigkeit der Besteuerung gegenüber dem Parteiinteresse und der Rechtssicherheit (zumindest innerhalb eines Jahres nach Erlassung des Bescheides).
Eine Aufhebung nach § 299 BAO ist sohin möglich, wenn der Spruch des Bescheides sich als nicht richtig erweist. Die Aufhebung setzt die Gewissheit der Rechtswidrigkeit voraus, eine bloße Möglichkeit reicht nicht (vgl. VwGH 24.6.2010, 201015/0059). Eine Rechtswidrigkeit kann insbesondere sein

- mangelnde Kenntnis abgabenrechtlich bedeutsamer Tatsachen
- Übersehen aktenkundiger Umstände
- unrichtige Auslegung von Abgabenvorschriften.

Ein Fall aus der Praxis

Mit Bescheid des Bürgermeisters der Gemeinde A wurde dem Beschwerdeführer die baubehördliche Bewilligung für den Zubau, den Umbau und die Sanierung seines bestehenden Einfamilienhauses erteilt. Nach Beendigung des Bauvorhabens brachte er eine Fertigstellungsanzeige gemäß § 30 NÖ Bauordnung 1996 ein.
Mit Abgabenbescheid des Bürgermeisters wurde ihm daraufhin eine Ergänzungsabgabe zur Kanaleinmündungsabgabe im Ausmaß von 2.040,01 Euro vorgeschrieben, weil auf der gegenständlichen Liegenschaft Änderungen eingetreten seien, sodass die Kanaleinmündungsabgabe neu zu berechnen wäre. Dieser Bescheid wurde am 8. Februar 2012 zugestellt und ist in Rechtskraft erwachsen.
Am 5. Juni 2012 (also mehrere Monate nach Ablauf der Berufungsfrist aber innerhalb eines Jahres ab Zustellung) richtete der Beschwerdeführer ein als „Einspruch" bezeichnetes Schreiben an die Gemeinde. Darin behauptete er, dass der Abgabenanspruch nicht bestehe bzw. verjährt sei und begehrte in weiterer Folge die Aufhebung des Bescheides auf Grundlage des § 299 BAO.
Die Berufungsbehörde gab dem „Einspruch" unter Verweis auf die abgelaufene Berufungsfrist nicht Folge.

Die Entscheidung

In der Sache geht es um zwei wesentliche Fragen, nämlich ob

1. die Wiederaufnahme des rechtskräftig mit dem Abgabenbescheid des Bürgermeisters vom 8. Februar 2012 abgeschlossenen Verfahrens zu Recht verweigert wurde und
2. dem Grunde nach für das gegenständliche Grundstück eine Ergänzungsabgabe zur Kanaleinmündungsabgabe vorgeschrieben werden durfte.

Im vorliegenden Fall ist der – rechtskräftige – Bescheid des Bürgermeis-

Das Beispiel aus der Praxis: Mit Bescheid des Bürgermeisters der Gemeinde A wurde dem Beschwerdeführer die baubehördliche Bewilligung für den Zubau, den Umbau und die Sanierung seines bestehenden Einfamilienhauses erteilt

ters der Gemeinde A vom 8. Februar 2012, mit dem eine Ergänzungsabgabe zur Kanaleinmündungsabgabe vorgeschrieben worden ist, noch am selben Tag zugestellt worden. Damit hat die Jahresfrist gemäß § 302 BAO zu laufen begonnen. Der diesbezüglich erste Antrag des Beschwerdeführers, mit dem – zumindest indirekt – eine Wiederaufnahme des abgeschlossenen Verfahrens beantragt wurde, stammt vom 5. Juni 2012.

Die Abgabenbehörde hat die Rechtslage verkannt, indem sie den Antrag vom 5. Juni 2012, der mehrfach präzisiert wurde (zuletzt im April 2014), mit Bescheid zurückgewiesen hat.

Die Abgabenbehörden der mitbeteiligten Gemeinde hätten den Antrag auf Wiederaufnahme dahingehend prüfen müssen, ob – wie behauptet – sich tatsächlich der Spruch des Bescheides vom 8. Februar 2012 als nicht richtig erweist. Erst nach dieser Prüfung hätte der Antrag allenfalls als unbegründet abgewiesen werden dürfen.

Der Beschwerde wurde daher Folge gegeben, der angefochtene Bescheid aufgehoben und die Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung (Prüfung der Frage ob für das gegenständliche Grundstück eine Ergänzungsabgabe zur Kanaleinmündungsabgabe vorgeschrieben werden durfte) an die Gemeinde zurückverwiesen.

Buchtipp zum Abfallrecht

AWG 2002

Das AWG 2002 ist eines der zentralen Gesetze des österreichischen Umweltrechts. An die Abfalleigenschaft von Stoffen knüpft es zahlreiche Gebote, Verbote, Genehmigungs- und Überwachungspflichten und ist daher für jeden Abfallbesitzer relevant.

Der soeben erschiene Kurzkommentar bietet auf einen Griff:
- Gesetzestext (Stand 1. 1. 2015) mit Fassungszeile
- Kommentierung auf Basis von Gesetzesmaterialien – Judikatur – Literatur
- übersichtliche Darstellung der AWG-Novellen samt Gesetzesmaterialien

Behandelt werden Fragen wie:
- Was ist (kein) Abfall?
- Unter welchen Voraussetzungen endet die Abfalleigenschaft?
- Welche Pflichten und Verbote treffen Abfallbesitzer?
- Wann unterliegt eine Anlage dem AWG 2002?
- Welches Verfahren ist einschlägig?

Andrew P. Scheichl, Roland Zauner und Florian Berl: AWG 2002. Abfallwirtschaftsgesetz, Manz Verlag, 630 Seiten, 98 Euro. ISBN 978-3-214-01001-0

MMag. Gerald Kammerhofer
ist Landesgeschäftsführer des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich

Unterjähriges Controlling für Gemeinden

Zehn österreichische Gemeinden haben ein unterjähriges Controlling – Quartalscontrolling implementiert

von Kommunalkredit, NÖ GBG und Quantum

Transparenzanforderungen an unsere Haushaltsgebarung und Leistungserstellung nehmen ständig zu. Mit Hilfe des GemMIS Controlling Tools kann ich einfach und rasch quartalsmäßige und damit unterjährige Berichte erstellen, um die finanziellen Auswirkungen unserer Entscheidungen laufend zu beobachten", sagt Bürgermeister Günther Leichtfried aus der Stadtgemeinde Wieselburg.

Mit dem Gemeinde Management-Informations-System GemMIS steht den Gemeinden seit Kurzem ein Controlling Instrument zur Verfügung, welches die Entscheidungsverantwortlichen bei der unterjährigen Steuerung der kommunalen Aufgaben und Leistungen unterstützt. Die Nachfrage der Gemeinden nach diesem Steuerungsinstrument nimmt stetig zu.

GemMIS wurde als **Forschungsprojekt der Donau Universität Krems** – gefördert vom Bundesministerium für Finanzen, der Kommunalakademie NÖ und der Kommunalkredit Austria – durch die Arbeitsgemeinschaft Kommunalkredit Austria, NÖ GBG und Quantum erstellt.

Zehn Pilotgemeinden (Frantschach-St. Gertraud, Grafenwörth, Horn, Laa an der Thaya, Matrei in Osttirol, Paudorf, Rohrendorf, Scharndorf, St. Wolfgang i.S., Wieselburg-Stadt) haben ihre Daten zur Verfügung gestellt und das GemMIS bereits implementiert.

GemMIS umfasst folgende drei Teilbereiche:
- Vermögenserfassung, Vermögensbewertung und Erstellung einer Eröffnungsbilanz
- Kommunales Controlling und Quartalsberichtswesen
- Beteiligungs- und Projektcontrolling

Aussagekräftiges unterjähriges Controlling-Instrument

GemMIS ist primär für Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern konzipiert, um insbesondere auch den kleinen und mittelgroßen Gemeinden ein aussagekräftiges Controlling-Instrument mit unterjährigen Auswertungsmöglichkeiten (Quartalscontrolling) zur Verfügung zu stellen.

GemMIS stellt den kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern – Bürgermeister, Amtsleiter und Finanzdirektoren/-verwalter österreichischer Gemeinden – auf einen Blick unterjährige Kurzinformationen über die Leistungs-, Liquiditäts-, Finanzierungs- und Vermögenslage bereit. Die GemMIS Jahresauswertungen stellen auch die Entwicklung der Haushaltsdaten im Zeitablauf der letzten fünf Haushaltsjahre anhand von Kennzahlen- und Leistungsberichten dar.

Datengrundlage unabhängig vom jeweiligen Buchhaltungssystem

GemMIS Datengrundlage bilden die GemeindeHaushaltsDaten <GHD>[1], welche von allen Gemeinden – unabhängig vom jeweiligen Buchhaltungssystem – automatisiert pro Jahr, pro Quartal und /oder pro Tag zur Verfügung exportiert werden können.

Auf diesen GHD-Datenexport – dessen Schnittstelle für alle österreichischen Gemeindebuchhaltungssysteme gleich ist – greift auch das GemMIS zu und übernimmt die Haushaltsdaten als Jahres- und /oder Quartalswerte zur weiteren Bearbeitung in das Tabellenkalkulationsprogramm Microsoft Excel[2]. Excel-Programm-Lizenzen sind meist schon vorhanden – teure Programmneuanschaffungen können somit unterbleiben.

GemMIS ermöglicht eine einfache Übernahme der Haushaltsdaten in das Tabellenkalkulationsprogramm Excel. Diese können über makrogesteuerte Standardauswertungen analysiert und über individuelle Analysen bedarfsgenau aufbereitet werden.

Einfache Handhabung in der Datenerfassung und rasche Auswertung

Gemeinden können somit per Mausklick die Haushaltsdaten, untergliedert nach einzelnen Abschnitten, Unterabschnitten, Ansätzen und / oder Posten sowie Postengruppen innerhalb von einigen Sekunden über mindestens fünf Perioden (fünf Jahre, oder vier Quartale und Voranschlag) mit Hilfe von Excel auswerten.

Mühsame händische Datenerfassungen aus den vergangenen Rechnungsabschlüssen, die laufend von den Gemeinden für individuelle Excel-Auswertungen vorgenommen werden,

gehören dank GemMIS der Vergangenheit an.
Standardisierte Jahres- und Quartalsauswertungen sowie individuelle Auswertungen sind auf Knopfdruck möglich. Ebenso kann das Maastricht-Ergebnis pro Unterabschnitt in seiner Entwicklung auch unterjährig automatisiert dargestellt werden.
Bei Hinterlegung von spezifischen Leistungsdaten – beispielsweise Anzahl der Kindergartenkinder, Schüler, Bauhofleistungsstunden oder Öffnungszeiten von Gemeindeeinrichtungen – können aktuelle Leistungskennzahlen der laufenden Periode oder im Zeitvergleich (fünf Jahre, vier Quartale mit Vorjahresvergleich) ermittelt werden. Die Auswertungs- bzw. Kennzahlenberichte sind bereits hinterlegt und können rasch abgerufen werden.

Entscheidungsvorteile durch unterjährige und aktuelle Information

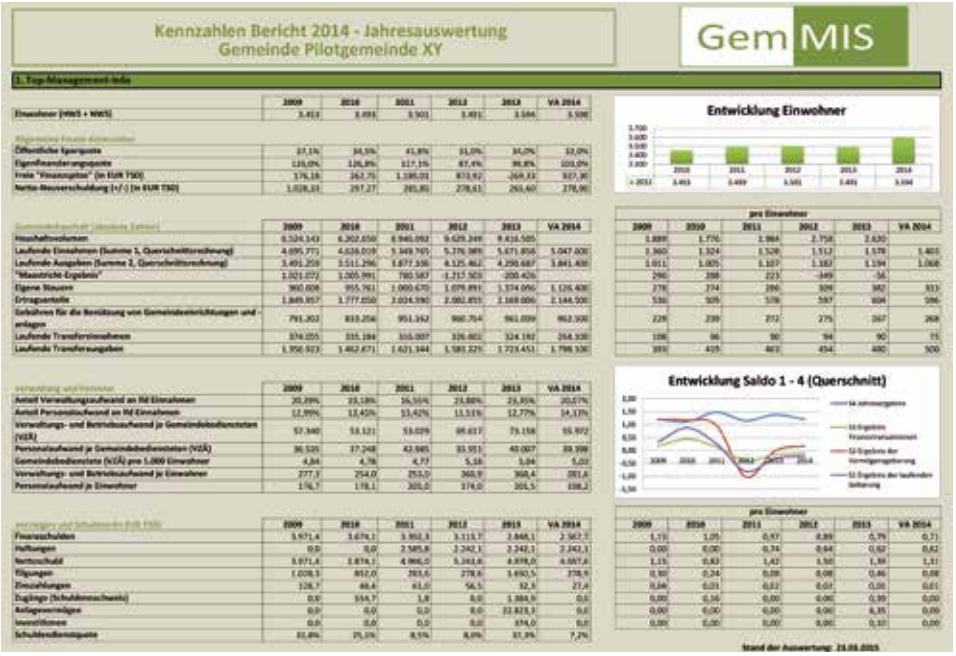
Unterjährige Auswertungen ermöglichen ein rasches und vorzeitiges Reagieren vor dem Jahresende.
Die Quartalsanalysen zeigen im zeitlichen Verlauf die Entwicklungen und Veränderungen gegenüber dem Vorquartal des laufenden oder des vergangenen Jahres auf, deren Ursachen mit Hilfe möglicher Detailauswertungen rasch erhoben werden können und zu fundierten Entscheidungen führen.
Im Zusammenspiel mit den Ergebnissen aus der Vermögenserfassung und Vermögensbewertung sowie der Bilanzerstellung, kann bereits eine automatisierte Auswertung einer Finanzierungs-, Ergebnis- und /oder Vermögensrechnung erfolgen.

Key Facts des GemMIS Teilbereiches Kommunales Controlling und Quartalsberichtswesen:

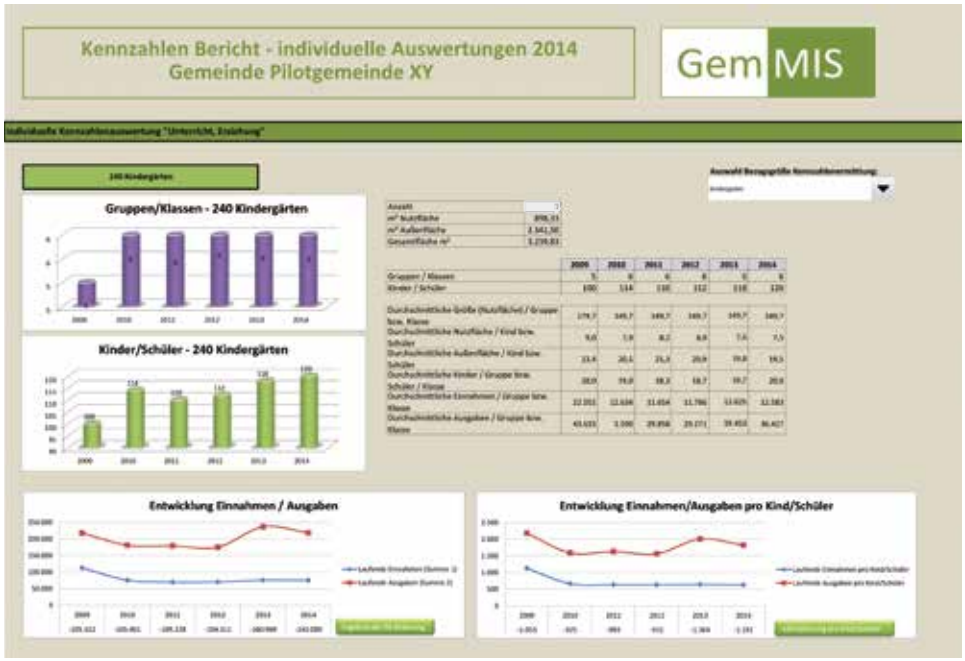
- Erstmals werden binnen Sekunden alle Daten eines Haushaltsjahres in das Tabellenkalkulationsprogramm Excel importiert (Schnittstelle);
- Damit kann weitergearbeitet werden – Matrixauswertungen sind automatisiert über mehrere Perioden (fünf Jahre und Voranschlag, vier aktuelle Quartale und Quartale des Vorjahres) möglich;
- Standardisierte Kennzahlenauswertungen sind hinterlegt – Top Managementbericht und Detailberichte;
- Individuelle Leistungsberichte können einfach und selbständig generiert werden.

GemMIS unterstützt die Erfassung der Vermögenswerte

Mit Hilfe der excelbasierten GemMIS-Anwendung können über die GHD-Datenexporte sehr rasch die Anschaffungskosten der einzelnen Vermögenswerte pro Abschnitt, Unterabschnitt und Ansatz aus den vergangenen Jahreshaushaltsdaten ausgelistet werden.



GemMIS Beispielauswertungen: Beispiel eines standardisierten Top-Management-Berichts



Beispiel einer individuellen Kennzahlenauswertung aus dem Bereich der Kindergärten

Diese automatisierten Auswertungen ersetzen die händischen Datennacherfassungen aus den einzelnen Jahresabschlüssen der vergangenen 5, 10 oder 15 Haushaltsjahre für die erstmalige Erfassung und Bewertung der Vermögenswerte.

Ausblick

Das von der Kommunalkredit Austria, NÖ GBG und Quantum ausgearbeitete GemMIS Controlling Instrument, wird anlässlich des Bürgermeistertages der NÖ GBG am 28.4.2015 in St. Pölten detailliert vorgestellt.

Informationen

Quantum Institut für betriebswirtschaftliche Beratung GmbH
Mag. Maria Bogensberger
Tel.: 0463/32612
E-Mail: **maria.bogensberger@quantum-gmbh.at**
www.quantum-gmbh.at

Statements

Bürgermeisterin Brigitte Ribisch, Laa an der Thaya
„Seit 2011 wird in der Stadtgemeinde Laa an der Thaya der Fokus noch stärker auf controllingbasierte Entscheidungen gelegt. Im Gegensatz zu den bisher „händisch" zusammen gestellten Berichten verschafft uns GemMIS einen raschen und unkomplizierten Zugriff auf unsere aktuellen und vergangenen Gemeindehaushaltsdaten. Die automatisierten Kennzahlenberichte bieten wertvolle Analysemöglichkeiten sowie fundierte Grundlagen für die Inangriffnahme von zukünftigen Maßnahmen. Gerade auch im unterjährigen Controlling ist GemMIS eine sehr gute Unterstützung."

Bürgermeister Leopold Prohaska, Paudorf
„Die unterjährigen GemMIS Quartalsberichte liefern uns erstmals einen strukturierten und übersichtlichen Status der aktuellen Entwicklungen der ansatz- und postenbezogenen Finanzdaten. Auf dieser Grundlage können wir vorzeitig und zielgerichtet reagieren. Weiters haben wir mit Hilfe des GemMIS Controlling Instruments binnen Minuten die Anschaffungskosten der vergangenen 10 Jahre ansatzbezogen ermitteln können. Ein aufwendiges Heraussuchen der Daten haben wir uns damit erspart."

[1] GHD - Datenexport, der an die Statistik Austria zu übermitteln ist
[2] Mindestversion: Microsoft Excel 2010

Neptun regiert **in Lunz**

Auszeichnung mit Wasserpreis

Anlässlich des Weltwassertages am 22. März prämierte Umwelt-Landesrat Stephan Pernkopf Lunz am See als Neptun-Wasserpreis-Gemeinde 2015. „Lunz zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es als Standortgemeinde des Wasserclusters Lunz eine der wichtigsten Wasserforschungseinrichtungen des Landes beherbergt, dass es mit der Seebühne eine einzigartige Verbindung zwischen Kultur und Wasser geschaffen hat und mit dem Lunzer See über eines der schönsten Gewässer Niederösterreichs verfügt", betonte Pernkopf.
Der Neptun-Wasserpreis wird alle zwei Jahre vergeben. In Kooperation zwischen dem Bundesministerium für ein lebenswertes Österreich und den Bundesländern wurde heuer erstmals eine eigene Kategorie für Gemeinden geschaffen. Die Bevölkerung war aufgerufen, Gemeinden einzureichen, die sich durch einen besonderen Bezug zum Wasser auszeichnen. Aus den 25 in Niederösterreich eingereichten Gemeinden wählte eine Jury schließlich die Gemeinde Lunz am See als Siegergemeinde aus.

Mit Ende 2014 waren in Niederösterreich knapp 94 Prozent der Bevölkerung an öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen bzw. 91 Prozent an öffentliche Wasserversorgungsanlagen angeschlossen. In den letzten fünf Jahren wurden in Niederösterreich für rund 3.600 Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsprojekte Landesförderungen in der Höhe von rund 101 Millionen Euro bereitgestellt.

Umweltlandesrat Stephan Pernkopf und der Lunzer Bürgermeister Martin Ploderer. Der Weltwassertag stand unter dem Motto „Wasser und nachhaltige Entwicklung". Für Pernkopf ist Lunz eine von vielen NÖ Gemeinden, die dem Motto des Weltwassertages folgend einen großen Beitrag für einen nachhaltigen Umgang mit der Lebensgrundlage Wasser leisten.

Sportgemeinden geehrt

Würdigung für Einfallsreichtum und Engagement

Zum Landessieger des Wettbewerbs „Unsere Sportgemeinde 2014“ kürte sich Kematen an der Ybbs mit der Initiative „Sport- und Spielewoche“. Viertelsieger wurden Schwechat (Industrieviertel), Sonntagberg (Mostviertel), Großdietmanns (Waldviertel) und Korneuburg (Weinviertel). In den beiden Sonderkategorien „Mädchen und junge Frauen im Sport“ und „Nachwuchs“ trugen die beiden Gemeinden Waidhofen/Ybbs und Markt-Piesting den Sieg davon.
Was alle eingereichten Projekte gemeinsam hatten, war die Tatsache, dass sie einheitlich vom Einfalls- und Ideenreichtum sowie dem unglaublichen Engagement und Einsatz vieler engagierter und sportbegeisterter Menschen getragen wurden. „Dieser Zusammenhalt und der Wille gemeinsam etwas zu bewegen zeichnet uns in Niederösterreich aus und macht uns zu einem Vorbild für andere“, meinte Landesrätin Petra Bohuslav bei der Siegerehrung in St. Pölten.

Foto: GEPA pictures/Sport.Land.NOE

Die Landessieger aus Kematen mit Sportlandesrätin Petra Bohuslav.

Die Siegerinitiativen

Landessieger: Kematen an der Ybbs – „Sport- und Spielewoche“
Bei der „Sport- und Spielewoche“ der Marktgemeinde Kematen werden Kinder von Montag bis Freitag ganztägig betreut, kulinarisch versorgt und können verschiedenste Sportarten ausprobieren. Mehrere Sportvereine unterstützen die Initiative, an der im vergangenen Jahr bereits 150 Kinder teilnahmen mit Trainern und Betreuern, die auch während des Schuljahres regelmäßig in Volksschule und Kindergarten kommen um ihren Sport vorzustellen.

Viertelsieger Industrieviertel: Schwechat – „Schwechater Jugendsport“
Das Projekt der Stadtgemeinde Schwechat überzeugt mit der Realisierung der täglichen Turnstunde im Rahmen des Schulprojektes „Bewegungsorientierte Klasse“. Über 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (40 davon ehrenamtlich) sind bei dieser Initiative im Einsatz.

Viertelsieger Mostviertel: Sonntagberg – „Sonntagberger Bike & Run“
Die Veranstaltung „Sonntagberger Bike&Run“ setzt sich aus einem Vier-Kilometer-Lauf und einer Drei-Kilometer-Bergradfahrt zusammen.

Viertelsieger Waldviertel: Großdietmanns – „Wir für Dietmanns“
Unter dem Motto „Großdietmanns radelt zum Mond und alle radeln mit“ wurde das Siegerprojekt von 2012 „Großdietmanns radelt 100.000km“ beträchtlich erweitert. Heuer war der Mond, mit einer mittleren Distanz von 384.000km, das Ziel. Der Gedanke hinter diesem Projekt ist, den Gebrauch des Fahrrades attraktiver zu machen, indem ein gemeinsames Ziel gesetzt wird.

Viertelsieger Weinviertel: Korneuburg – „Korneuburg bewegt“
Im Rahmen der Initiative „Korneuburg bewegt“ wurde ein Bewegungspark mit verschiedenen Übungsgeräten errichtet. Dieser ist nur fünf Gehminuten vom Hauptplatz entfernt und für jedermann ganzjährig und kostenfrei zugänglich.

Sonderkategorie „Mädchen und junge Frauen im Sport“: Waidhofen/Ybbs – „Woman goes Tri“
„Woman goes Tri“ ist eine Initiative, bei der 14 Frauen im Alter zwischen 17 und 50 Jahren gemeinsam für einen Triathlon trainieren. Diese Trainingsgruppe öffnet nicht nur einen neuen Zugang zu dieser Sportart für Frauen, sondern fördert durch die gemeinsamen Wettkämpfe sowohl den Teamgeist als auch die Freude an der Bewegung.

Sonderkategorie „Nachwuchs“: Markt-Piesting – „Bäder Challenge“
Die „Bäder Challenge“ ist ein Multisportevent für die gesamte Bevölkerung. Die Veranstaltung ist als großer Wettbewerb ausgerichtet, bei dem sowohl die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch das ganze Bad im Mittelpunkt stehen. Pro Event-Tag treten vier Freibäder und damit vier Ortschaften gleichzeitig gegeneinander an.

Hohe Teilnehmerzahlen bei Akademie-Weiterbildung

Neue Zusatztermine und offene Restplätze

Die Weiterbildungsseminare und Workshops für neue Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der Akademie 2.1 laufen seit März auf Hochtouren. Aufgrund der rasch ausgebuchten Seminare für „Gemeindeordnung“, „Politische Kommunikation“ und „Prüfungsausschuss“ stehen jetzt wieder Zusatztermine und Restplätze zur Online Anmeldung zur Verfügung.

Im Kurzlehrgang für neue Gemeindevertreter besuchen 600 Teilnehmer das Modul 1 „Die Gemeindeordnung“, die Termine wurden verdoppelt. Für das Modul 2 „Politische Kommunikation“ mit 350 Anmeldungen gibt es noch einige Restplätze in Bezirken und zwei neue Ersatztermine. Das Modul 3 „Politisches Marketing“ startet ab 15. September. Termine zur Online-Anmeldung finden sich auf der Homepage **www.akademie21.at**.

Der Kommunalmanager-Lehrgang 2015 startete am 20. März in Emmersdorf mit der Höchstzahl von 25 Teilnehmern, für den Lehrgang 2016 stehen schon jetzt zehn Interessenten auf der Warteliste.

Informationen und Online-Anmeldung

www.akademie21.at
Tel: 02742/9020-1680

Das Team der Akademie 2.1 organisiert sehr gerne auch Klausuren in der Gemeinde.

Freie Restplätze im ersten Halbjahr 2015

BGM 2 – Mitarbeiterführung: Motivation & Teamführung
Bürgermeister als Chef und Teamleiter; Motivation der Mitarbeiter; Tipps für professionelle Teamführung; Führungsverantwortung in bestehenden Teams übernehmen; Konfliktlösung in Teams
- Mi., 8. April, Hotel Klaus in Wolkersdorf
- Do., 9. April, Hotel College Garden in Bad Vöslau
- Mi., 15. April, Schwaighofzentrum in St. Pölten
- Do., 16. April, Schwarzalm in Zwettl

BGM 3 – Personalmaßnahmen: Wer darf was?
Bürgermeister als Dienstbehörde; Aufnahme und Ende des Dienstverhältnisses; Stellenausschreibung; Rechte & Pflichten der Bediensteten; BGM als Vorgesetzte
- Mi., 15. April, Hotel College Garden in Bad Vöslau
- Mo., 20. April, Hotel Klaus in Wolkersdorf
- Mo., 27. April, Hippolythaus in St. Pölten
- Do., 7. Mai, Schwarzalm in Zwettl

BGM Infoveranstaltung – Steuerrecht und künftige Pensionen
Rechtliche Informationen zu Steuern und Abgaben, inkl. Sozialversicherungsbeiträge mögliche Auswirkungen auf künftige Pensionen; Offene Diskussion
- Fr., 10. April, 13.00 - 16.00 Uhr, h@us 2.1 in St. Pölten

Frauen & Finanzen – Können Sie sich Ihr Leben in der Pension noch leisten?

Experteninformationen zur rechtzeitigen Vorsorge und finanziellen Absicherung in jeder Lebensphase. Themen: Lebensgemeinschaft & Ehe, Pensionssplitting, Kinderbetreuung und Fortbildungsförderung
- 4 Termine: 13./21./23./und 28. April in den NÖ Vierteln

Rhetorik 2 – Im Blickpunkt der Öffentlichkeit
Mit authentischer und lebendiger Sprache, lebendiger Körpersprache und passender Kleidung die Wirkung Ihres öffentlichen Auftritts verbessern – mit Kameratraining!
- Fr./Sa. 29./30. Mai, Stockerau

Textwerkstatt für kommunale Pressearbeit
Training und Tipps für aussagekräftige Texte und Sager. Erfolgreiche Flugblätter und ansprechende Zielgruppenbriefe verfassen, Texten von Gemeindeparteizeitungen.
- Sa., 20. Juni, Amstetten

Nutzen Sie die Angebote, die durch Förderung der VP Landespartei, des VP Gemeindevertreterverbandes und des VP Landtagsklubs leistbar sind. Unter: **www.akademie21.at** einfach durchklicken, das passende Seminar aussuchen und anmelden!

Gefahrenvorbeugung bei **Wildbächen**

Neues Angebot der Kommunalakademie NÖ

Extreme Niederschläge in den vergangenen Jahren mit schweren Hochwasser- und sonstigen Schäden haben die Kommunalakademie Niederösterreich veranlasst, Informationsveranstaltungen zur „Gefahrenvorbeugung bei Wildbächen, Gerinnen und Flüssen – Praxistipps für Gemeinden“ abzuhalten. Betroffen von derartigen Naturgefahren sind immerhin 331 niederösterreichische Gemeinden, die von der Kommunalakademie direkt angeschrieben und zur Teilnahme eingeladen werden. Eine Übersichtskarte über die Wildbäche in der Gemeinde wird beigelegt.
Für diese Veranstaltungsreihe konnte die Gruppe Wasser der NÖ Landesregierung und der Forsttechnische Dienst für die Wildbach- und Lawinenverbauung des Bundes gewonnen werden. Referenten sind Thomas Lampalzer (Seminarleiter) und Roland Bauer von der Wildbach- und Lawinenvebauung sowie Horst Fischer und Werner Rubey vom Land Niederösterreich.

Termine

Folgende vier Termine sind vorgesehen:

- 27. April, Grandhotel NÖ Hof, Hauptstraße 275, 2811 Lanzenkirchen
- 29. April, Stadtsaal Waidhofen/Thaya, Leisserstraße 2, 3830 Waidhofen
- 4. Mai, Römerhalle Mautern, Am Limes 1, 3512 Mautern
- 6. Mai, Gasthof Luegmayr, Marktplatz 4, 3364 Neuhofen/Ybbs

Kursdauer: Jeweils von 9 bis 16 Uhr

Von den Gefahren von Wildbächen sind 331 niederösterreichische Gemeinden betroffen.

Gemeinsam Nachbarschaft feiern!

Der 2. Niederösterreichische Nachbarschaftstag, rund um den Freitag, den 29. Mai 2015, ist ein guter Anlass, sich des hohen Wertes einer guten Nachbarschaft bewusst zu werden und ein Fest in und mit der Nachbarschaft zu feiern. Auf europäischer Ebene gibt es den European Neighbours Day schon seit 1999 immer am letzten Freitag im Mai. Als Initiative für Solidarität und sozialen Zusammenhalt wird er in vielen Ländern, Städten und Gemeinden Europas begangen.

Unter **www.noe-nachbarschaftstag.at** können Feste und Initiativen von Privatpersonen und Gemeinden angemeldet werden. Dort finden sich auch Ideen und Tipps, ein Einladungsplakat zum Ausdrucken und Aufhängen und eine Bestellmöglichkeit für Luftballons.
Gemeinden, die rund um den Nachbarschaftstag etwas zur Förderung der nachbarschaftlichen Beziehungen tun, können sich in der Gemeindekategorie anmelden. Ein Grätzelfest, eine Eröffnung eines Nachbarschaftsbankerls in einer Siedlung, ein Fest der Begegnung verschiedener Kulturen sind nur einige der möglichen Ideen. Als Preis winkt ein 400 Euro-Gutschein zur Anschaffung eines „Nachbarschafts-Bankerls“.

Gefeierte **Bezirksobmänner**

Herbert Nowohradsky wurde 65, Stefan Schuster 60

Zwei hohe GVV-Funktionäre und langjährige Bürgermeister feierten zuletzt Geburtstagsjubiläen: Herbert Nowohradsky, ehemaliger GVV-Bezirksobmann von Gänserndorf, beging seinen 65er, und Stefan Schuster, in dieser Funktion bis heute für den Bezirk Scheibbs tätig, war kürzlich 60.

Herbert Nowohradsky war 34 Jahre hindurch Bürgermeister von Palterndorf-Dobermannsdorf und nahm mit zuletzt 75 Prozent VP-Mehrheit vor einem Jahr seinen Hut. Der Volks- und Hauptschuldirektor kam bald in die Kommunalpolitik und hat die Doppelgemeinde von Grund auf neu geprägt und modernisiert. Er war auch landesweit aktiv: Landtagsabgeordneter von 1983 bis 2011, zuletzt Zweiter Landtagspräsident, von 1995 bis 2010 war er GVV-Bezirksobmann, war Mitglied des GVV-Landesvorstandes, Landesvorsitzender des NÖ Volkshochschulverbandes und Präsident des Hilfswerkes. Seit 2012 ist Nowohradsky Landesobmann des Seniorenbundes. Sein Credo: Ein Seniorenvertreter in jeden Gemeinderat.

Herbert Nowohradsky

Stefan Schuster

Stefan Schuster aus Sankt Georgen an der Leys maturierte am Stiftsgymnasium Melk und studierte Kulturtechnik und Wasserwirtschaft an der Universität für Bodenkultur. Er wurde 1994 Vizebürgermeister und im Jahr 2000 Bürgermeister von Sankt Georgen. Schuster ist Ingenieurkonsulent und Sachverständiger für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft, gründete 2006 seine eigene Firma mit Sitz in Wieselburg und Sankt Georgen. Ebenfalls seit 2006 ist der engagierte Gemeindepolitker, der kommunalpolitisch schon aufgrund seines Berufes den besonderen Schwerpunkt im Umweltschutz sieht, GVV-Bezirksobmann von Scheibbs.

Vor 20 Jahren in der NÖ Gemeinde

Im April 1995 titelte die NÖ Gemeinde fast wortgleich wie in der heurigen Februar-Ausgabe: „ÖVP bleibt unangefochten die ‚Bürgermeister-Partei' in NÖ". Damals kam die ÖVP auf rund 54 Prozent der Mandate. Heuer waren es knapp 51 Prozent.

Landeshauptmann Erwin Pröll zeigte sich in einem Kommentar vor allem darüber erfreut, dass der „Großangriff der Listen" souverän abgewehrt worden war.

Ein weiterer Höhepunkt des Monats war der NÖ Gemeindetag in St. Pölten bei dem Pröll Spekulationen über seinen möglichen Abgang in die Bundespolitik eine Absage erteilte. Er sei auf fünf Jahre gewählt und werde nicht nach zwei Jahren „absalutieren", so der Landeshauptmann. Darauf ging auch der stellvertretende GVV-Obmann Walter Zimper in einer vielbeachteten Rede zur Situation der ÖVP ein: „Derzeit braucht Niederösterreich Erwin Pröll und die Bundespartei braucht Erwin Pröll in Niederösterreich." Zimpers Schluss: Pröll solle – zumindest vorerst – in Niederösterreich bleiben. Was die ÖVP brauche, sei ein neues Selbstbewusstsein, das sie aus ihren Grundwerten schöpfen müsse. „Was sie braucht, sind Politiker im eigentlichen Sinn des Wortes. Politiker, die dadurch auszeichnen, dass sie Menschen mögen, auf sie zugehen und imstande sind, Vertrauen zu gewinnen", so Zimper Politiker, die Politik um ihrer Überzeugung und der Menschen willen machen, und nicht wegen der Karriere..

Unter dem Titel „Kameralistik ade?" erläuterte der frühere Gemeindereferat-Mitarbeiter Josef Riegler ein Thema, das auch heute noch aktuell ist. Es meinte, dass sowohl die Anwendung des kameralen wie des doppischen Systems rechtens sei, hielt aber nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg, dass er die Beibehaltung der Kameralistik befürworte. Das System sei einfach, bewährt und geeignet, die in der VRV vorgeschriebenen finanzwirtschaftlichen Rechnungsziele zu erreichen. Die Daten seien auch besser interkommunal vergleichbar.

Impressum:

Herausgeber: Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
Mit der Herausgabe beauftragt: Landesgeschäftsführer MMag. Gerald Kammerhofer
Medieninhaber: Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 88-22 www.kommunalverlag.at
Geschäftsführung: Mag. Michael Zimper
Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl, E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Mag. Sotiria Taucher, Prof. Dr. Franz Oswald,
DTP: Österreichischer Kommunal-Verlag, Thomas Max
E-Mail: thomas.max@kommunal.at
Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0 Sabine Brüggemann, E-Mail: sabine.brueggemann@kommunal.at Martin Mravlak, E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at Martin Pichler, E-Mail: martin.pichler@kommunal.at
Fotos: NÖ Landeskorrespondenz, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at)
Hersteller: Leykam Druck, 7201 Neudörfl
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare. Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.

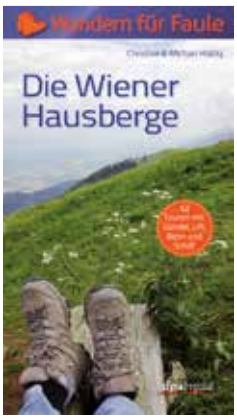
Neue **Bücher**

Die schönsten Stadtplätze Österreichs

Das Herz der Stadt schlägt seit jeher auf dem zentralen Hauptplatz. Der hier abgehaltene Markt war seit dem Mittelalter Keimzelle und Triebfeder für die Entwicklung der Stadt. Auf ihn fokussierten sich Politik und Wirtschaft, dem urbanen Leben diente der Platz als schillernde Bühne.
Quer über den Kontinent findet man fantastische Platzanlagen, die die Wahrnehmung der jeweiligen Stadt auf ganz besondere Art und Weise prägen. Dass Österreich den internationalen Vergleich hier keineswegs scheuen muss, veranschaulicht fabelhaft der vorliegende Bildband. Er präsentiert eine erlesene Auswahl prächtiger Stadtplätze und beleuchtet anhand ihrer verschiedenen Eigenheiten wesentliche politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und künstlerische Aspekte historischer Stadtentwicklung.
Das Buch illustriert eindrucksvoll Österreichs breites Spektrum reizvoller Platzgestaltung, das von romantischer Idylle über bürgerliche Eleganz bis zu fürstlichem Prunk reicht. Niederösterreich ist mit Plätzen in St. Pölten, Retz, Weitra, Wiener Neustadt, Waidhofen/Ybbs, Langenlois, Eggenburg und Gmünd vertreten.

Thomas Winkler: Die schönsten Stadtplätze Österreichs, Verlag Anton Pustet, 176 Seiten, 34 Euro.
ISBN 978-3-7025-0783-1

Die Wiener Hausberge



Die Reihe „Wandern für Faule“ richtet sich einerseits an Eltern mit Kindern, die ihren Kleinen angenehm und ohne lange Anstiege das Bergwandern erschließen wollen, andererseits an ältere Wanderer, die nicht mehr in der Lage sind, stundenlange Anstiege zu bewältigen – und trotzdem nicht auf Gipfelsiege und Aussichtspunkte verzichten wollen.
Das vorgestellte Wandergebiet reicht vom Geschriebenstein im Burgenland über die Grenzberge zur Steiermark wie Wechsel, Semmering, Rax und Schneeberg bis zum Hochkar im Westen, über die Voralpen des Mostviertels bis in die Wachau im Norden.
Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den Wanderungen, die mit den Wiener Linien im Stadtgebiet von Wien oder im nächsten Umkreis unternommen werden können, wie der Tulbingerkogel, die Sophienalpe und der Parapluiberg. Viele Wanderungen sind daher direkt aus der Großstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln exzellent zu erreichen und auch die Rückreise ist mit Bahn, Bus, Bim und U-Bahn möglich. Aufstiegshilfen wie Sessellifte, Bergbahnen, Mautstraßen aber auch Kombiwanderungen mit der Mariazellerbahn oder in der Wachau mit Schiff und Bahn ergeben eine Vielzahl an interessanten Wandermöglichkeiten rund um Wien.

Michael und Christine Hlatky: Die Wiener Hausberge, Verlag Styria regional, 192 Seiten, 16,99 Euro.
ISBN 978-3-7012-0188-4.

Eine Information der HYPO NOE Gruppe Bank AG

WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF. **EINE BANK.**

Feuerwehrhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser. Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at. Ihre HYPO NOE. Daheim, wo Sie es sind.**

HYPO NOE

www.hyponoe.at